

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 36.

Mittwoch, den 12. Februar 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und
das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Der Wahlrechtskampf in Ungarn.

Budapest, 8. Februar 1913.

Nun hat der parlamentarische Wahlrechtsausschuß die Beratung der von allen Seiten angeforderten Wahlrechtsvorlage begonnen.

Ohne alle Opposition, nur aus Mitgliedern der Regierungspartei bestehend, soll dieses 40gliedrige Komitee nun das Gesetz zustande bringen, welches dem arg zerklüfteten Lande Ruhe schaffen soll. Wer diese Männer, die in den Wahlrechtsausschuß gewählt wurden, genau kennt, muß jede Hoffnung aufgeben, denn ihnen fehlt selbst der Wille, etwas Gutes zu schaffen. Zwei Gruppen sitzen in diesem Ausschusse: Politiker und Nullen. Den größten Teil bilden die Geschäftspolitiker, die ihr Mandat nur dazu benutzen, um sich zu bereichern und sich gut bezahlte Stellen zu ergattern. Die „Nullen“ sind meist neu gewählte, grüne Politiker, denen jedwede selbständige Meinung fehlt.

Ist nun die Arbeiterklasse, die bei dem vorliegenden Gesetzentwurf in so schmählicher Weise entrechtet wird, darüber im reinen, daß bei den Beratungen des Wahlrechtsausschusses für sie nichts Ersprießliches herauskommt, so sorgt sie, von Recht und Pflicht gedrängt, umso mehr dafür, daß die Agitation für den bevorstehenden Generalstreik im ganzen Lande nicht nachläßt. Die industriellen Arbeiter sind bereits für die kommenden Kämpfe mobilisiert, Fabriks- und Werkstättenkonferenzen, Branchensammlungen und öffentliche Massenmeetings werden bis ins Unendliche abgehalten, und der Massenstreik wird in diesen Versammlungen bis ins einzelne und genaueste vorbereitet.

Auch die landwirtschaftlichen Arbeiter sind ganz Feuer und Flamme für den Massenstreik. Wenn auch die Stuhlrichter die angemeldeten Versammlungen mit der Tagesordnung „Der Massenstreik“ meist verbieten, lassen sich die begeistertsten Bauern doch nicht abhalten, in aller Stille für den letzten Kampf des Proletariats zu wirken. Wohl erschweren die Gendarmen auch diese geheimen Beratungen der landwirtschaftlichen Arbeiter, aber dies treibt dieselben nur noch zu größerem Eifer an.

Und auch unter der Erde rumort es: die Bergarbeiter Ungarns, 80 000 an der Zahl, die durch das veraltete Berggesetz noch immer vom Koalitionsrecht ausgeschlossen sind, stehen auf der Seite ihrer industriellen Brüder. Es ist mehr als gewiß, daß bei Ausbruch des Massenstreiks diese schwarzen Sklaven ihren Herren den Gehorsam versagen.

Der Parteivorstand steht auf der Höhe seiner Aufgabe. In allen Gegenden des Landes, selbst dort, wo noch nie das Wort „Sozialismus“ ausgesprochen wurde, finden politische Versammlungen statt, in welchen die Wahlrechtsvorlage besprochen wird. In diesen Versammlungen werden die Massen für den Streik gewonnen. Sehr wirksam für die Agitation sind die in Millionen von dem Parteivorstand herausgegebenen Flugschriften, die in allen Sprachen des Landes erscheinen. Solcher Flugschriften wurden verbreitet 1 Million unter den industriellen Arbeitern in deutscher und ungarischer Sprache, 1 Million unter der Landbevölkerung in ungarischer, deutscher, slowakischer und rumänischer Sprache und 1/2 Million unter den Soldaten „Die Proletarier im Waffenrock“ in ungarischer und deutscher Sprache. Das letztere Flugblatt wurde von der Staatsanwaltschaft konfisziert, die Verteilung war aber schon erfolgt, und das Budapest Korpskommando sah sich gezwungen, in einem Tagesbefehl die Soldaten bei strengster Strafe vor der Annahme und dem Lesen der Flugblätter zu warnen.

Sind so die Vorbereitungen der Arbeiterklasse zum Generalstreik so gut wie abgeschlossen, so hat es auch die Regierung nicht an Versuchen fehlen lassen, den Streik zu verhindern oder wenigstens zu parieren. Die Behörden sind durch amtliche Rundschreiben aufgefordert worden, der Arbeiterbewegung und den Versammlungen größte Aufmerksamkeit zu schenken. In den nationalistischen Gebieten werden die Versammlungen rundweg verboten. Die Fachvereine, Parteiorganisationen und Ortsgruppen werden von Polizei und Gendarmerie aufs eifrigste bewacht, Postsendungen an bekannte Parteigenossen werden erst nach Benachrichtigung der Behörden ausgehändigt, damit sofort nach der Zustellung bewaffnete Macht erscheinen, und Flugblätter, Plakate usw., gleichviel ob sie konfisziert sind oder nicht, beschlagnahmen kann. Die Führer der Bewegungen in den kleinen Provinzstädten werden zu den Behörden zitiert und sollen Aussagen über den Beginn des Streiks, die Pläne der Partei und auch darüber, wieviel Arbeiter bei dem Generalstreik mitmachen werden.

Durch ein vertrauliches Rundschreiben der Regierung sind überdies die Behörden noch aufgefordert worden, bei Ausbruch des Streiks selbst mit den äußersten Mitteln einzuschreiten, um Ruhe und Ordnung „um jeden Preis“ aufrecht zu erhalten. Wer weiß, was sich die ungarischen Behörden schon in normalen Zeiten gegen das Volk herausnehmen, der kann sich denken, was solche Erlasse in der gegenwärtigen Zeit bedeuten.

In der Hauptstadt und in großen Industriestädten wurde den Soldaten verboten, Schankwirtschaften zu besuchen, in denen Arbeitervereine tagen oder Arbeiter verkehren. In der Hauptstadt wurde das seit undenkbar langen Zeiten dort liegende Hausregiment No. 32 verlegt und ein serbisches Regiment in Budapest einquartiert. Das Budapest Regiment ist nach dem flachen Lande verlegt worden. Es ist das die alte Regierungstaktik der Habsburger: in Böhmen schickten deutsche Soldaten auf böhmische Arbeiter, und in deutschen Gebieten werden ungarische Soldaten auf deutsche Arbeiter gehegt. Nun sollen serbische Soldaten auf die ungarische Arbeiterschaft losgelassen werden.

All diese Vorkehrungen und Rüstungen der Regierung sind natürlich nicht imstande, die Arbeiter von ihrem Voratz abzubringen. Andererseits versucht es die Regierung wieder, die Sozialdemokratie im guten zur Aufgabe ihrer Pläne zu veranlassen. So wird geflüstert, von Regierungskreisen die Nachricht kolportiert, der „radikale“ Teil des Wahlrechtsausschusses werde große Begünstigungen für die industrielle Arbeiterschaft beantragen, und die Regierung beabsichtige, diesem Verlangen zu entsprechen. Es gibt auch in der Arbeiterklasse Kreise, die allen Ernstes glauben, daß sich die Regierung durch den Zwang der Lage Konzessionen abringen lassen werde. Indessen, wie die Dinge auch laufen, die Arbeiterklasse ist unter allen Umständen gerüstet. Die sozialdemokratische Partei wird kein Wahlgesetz ruhig hinnehmen, das die gesamten landwirtschaftlichen Arbeiter von der Wahlurne fernhält. Das ungarische Proletariat wird seine Pflicht erfüllen und sich der internationalen Arbeiterbewegung würdig zeigen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Klassenjustiz.

Es ist so, wie Genosse Heine gestern erklärt hat: jedesmal, wenn der Vorwurf der Klassenjustiz erhoben wird, wehren sich dagegen die bürgerlichen Parteien und führen dann selbst Fälle einseitiger Rechtsprechung an. Der Vorwand lautet immer, daß Einzelfälle noch nicht eine Verallgemeinerung zulassen. Aber es ist nicht nur die maßlose Häufung der einzelnen willkürlichen und parteiischen Urteile, die zum Schluß drängt, daß die ganze Organisation der Rechtspflege ihr den Charakter der Klassenjustiz aufzwingt. Wenn die Justiz und ihre Organe so oft und regelmäßig in einer und derselben Richtung tendenziös wirkt, so muß doch auch der wohlwollendste Beurteiler zu der logischen Folgerung gelangen, daß die berüchtigten Einzelfälle dem Wesen der Rechtspflege selbst entspringen.

Der Nationalliberale List und der Fortschrittler Dr. Müller-Meinungen waren es, die gestern gegenüber der sozialdemokratischen Anklage den Schutz der Justiz mit jener Redensart übernahmen. Herr Dr. Müller-Meinungen suchte seine Verteidigung noch dadurch etwas wirkungsvoller zu färben, daß er der Sozialdemokratie den Fall Hildebrand vorhielt. Genosse Heine, der selbst zu den eifrigsten Gegnern des Ausschusses Hildebrands gehört hat, antwortete mit der ganz selbstverständlichen und überzeugenden Frage, inwiefern auch ein taktischer Irrtum irgendwie die Richter oder die Staatsanwälte entlasten könnte. Das hat unser Redner in ganz ausgezeichnete Beweisführung und mit neuen wirklich glänzenden Beispielen wiederum dargelegt, was wir unter Klassenjustiz verstehen, und daß die Tatsache dieser Klassenjustiz nicht abzuleugnen ist. Ein großer Teil seiner Darlegungen war der Tätigkeit der Staatsanwaltschaft gewidmet, deren Verhalten namentlich im Fall Hans Hyan nicht nur von Heine selbst, sondern auch von dem fortschrittlichen Redner und sogar — natürlich mit all der gebotenen Vorsicht — auch vom Staatssekretär Dr. Lisco preisgegeben wurde.

Unsere Gegnerschaft zu der ganzen Einrichtung der Staatsanwaltschaft, wie sie besteht und wie sie funktioniert, wird die sozialdemokratische Fraktion deutlich bekunden, wenn die Abstimmung über den vom Staatssekretär geforderten 6. Reichsanwalt erfolgt. Genosse Heine setzte in aller Klarheit die Gründe auseinander, die uns zur Ablehnung dieser Forderung veranlassen, und er exemplifizierte namentlich auf das Verhalten der Staatsanwaltschaft in den zwei Verfahren, die seinerzeit gegen Genossen Dr. Liebknecht durchgeführt wurden. Damals beantragte sie Zuchthaus, unter dem unerhörten Vorwand, daß eine

republikanische und antimilitaristische Gesinnung immer eine ehrlose Gesinnung sei. Dafür, daß Heine die Reichsanwaltschaft in diesem Zusammenhang das Instrument politischer Gehässigkeit und Ehrabschneiderei nannte, erhielt er einen Ordnungsruf, der allerdings die Anklagebehörde nicht im geringsten entlastet.

Auch das Zentrum lehnte den 6. Reichsanwalt ab, freilich aus ganz anderen Gründen. Genosse Heine sprach sie rücksichtslos aus, als er das Verhalten des Zentrums auf dessen Feindschaft gegen den Staatssekretär zurückführte. Dagegen verwahrte sich später der Zentrumsredner Dr. Bell, der die Gelegenheit nützte, um zu erklären, daß das Zentrum den Kampf gegen den Kanzler auf anderem Felde führen werde. Das hindert natürlich nicht, daß niemand so recht an die sachlichen Motive bei der Ablehnung des neuen Reichsanwalts glauben möchte.

Auch Herr Dr. Dertel ist gestern zu Wort gekommen. Die erste Materie und der Mangel an aufmerksamen Zwischenrufen erlaubten ihm indessen nicht, die mehr oder weniger guten Witze zu machen, auf die er sich sonst versteht. — Die Justizdebatte wird Donnerstag fortgesetzt, da der heutige Tag dem sozialdemokratischen Initiativantrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts in allen Bundesstaaten vorbehalten ist.

Nationalliberale Kampfbereitschaft.

Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei ist am Sonntag in Berlin zu seiner Frühjahrsitzung zusammengetreten. Dieser Sitzung ging eine Beratung der preussischen Nationalliberalen voraus, die sich mit den bevorstehenden Landtagswahlen befaßte. Durch gegenseitige Verständigung soll nach Möglichkeit jede Zersplitterung der Kräfte der liberalen Parteien vermieden werden. Spätestens vier Wochen vor den Wahlen wird ein preussischer Parteitag nach Hannover einberufen werden. In der Sitzung des Zentralvorstandes hielt Abg. Bassermann das Referat. Er besprach darin all das, was sich im Laufe der letzten sechs Jahre auf dem Gebiete der auswärtigen Politik abgespielt hat. Auf die Erklärungen des Staatssekretärs von Tirpitz in der Budgetkommission eingehend, meinte Herr Bassermann, daß gegen ein wirkliches Rüstungsabkommen ziemlich wichtige Bedenken vorliegen. Das deutsche Volk sei reif genug, für sich in Anspruch zu nehmen, selbständig zu prüfen, ob die Vorschläge der Regierung für die Erhaltung der Schlagfertigkeit unserer Wehr ausreichend sind. Die nationalliberale Reichstagsfraktion habe die Genugtuung, konstatieren zu können, daß durch die neue Wehrevorlage erfüllt wird, was im Reichstag von den nationalliberalen Rednern bereits seit Jahren verlangt wurde. Für die Deckung der Kosten sei durch den Besitzsteuerantrag Bassermann-Erzberger der Weg vorgezeichnet. Von der Regierung müsse man erwarten, daß sie mit fester Entschlossenheit zugreife, denn nur dann werde sie die vorhandenen Schwierigkeiten überwinden. Herr Bassermann schloß seine wirklich echt nationalliberale Rede mit dem Wort: „Bismarck ist nicht tot, Bismarck lebt, aber nicht in der Regierung, sondern im Volk!“

In der Diskussion wurde von allen Rednern lebhaft bedauert, daß die Regierung es an jeglicher Initiative in der auswärtigen Politik fehlen lasse, wodurch eine weite Kreise umfassende Mißstimmung im Volk hervorgerufen worden ist. Es greife direkt Erbitterung Platz, weil wir bei allen Gelegenheiten, wo die Welt verteilt wird, zurückweichen und es anderen Völkern ruhig überlassen, ihrer Industrie und ihrem Handel den Weg zu ebnen. Eine Resolution brachte zum Ausdruck, daß zunächst eine zeitgemäße Reform des auswärtigen Dienstes zu fordern sei. Die gründliche Verstärkung unserer Wehr sei unumgänglich notwendig. Die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, welche der Sicherung einer kraftvollen Offensive diene, sei unbedingt zu fordern. Zur Deckung der Kosten müsse die Einbringung einer Vorlage über eine allgemeine Besitzsteuer gefordert werden.

Beschlossen wurde noch, eine straffere Organisation der Partei anzustreben. Die „Süddeutsche nationalliberale Korrespondenz“ und die „Hamburger Nachrichten“ wurden als außerhalb der Partei stehend erklärt und die Mitarbeit an diesen Blättern als dem Parteiinteresse zuwiderlaufend bezeichnet. Abg. Schiffer sprach dann noch über Fleischsteuer und innere Kolonisation. Bemerkenswert ist noch, daß der Versuch gemacht werden soll eine Parteigeschichte der Nationalliberalen schreiben zu lassen. Die Nationalliberalen haben sich mit ihren Beschlüssen rücksichtslos auf die Seite der Kriegstreiber gestellt, durch die Rede Bassermanns sowohl als durch die Ausführungen der Diskussionsredner bringt die Sehnsucht nach einem Krieg, denn nicht anders ist es zu verstehen, wenn verlangt wird, daß man für die Offensive, also für den Angriff, gerüstet sein müsse. Vielleicht glaubt Herr Bassermann, im Falle einer Reichstagsauflösung mit einer

Kriegstreiber die besten Geschäfte machen zu können. Einestheils kommt er damit den Wünschen der ziemlich widerborstig gewordenen großindustriellen Geldgeber der nationalliberalen Partei entgegen, andererseits rechnet er mit dem furor teutonicus, dessen Entfesselung ihm als Aufgabe der Regierung erscheint. Daß die Nationalliberalen die neue Wehrvorlage als einen Erfolg ihres Strebens bezeichnen, kann man eigentlich freudig hinnehmen; in der Agitation kann es gegen diese Partei jedenfalls sehr gut ausgenutzt werden. Über die Reform des auswärtigen Dienstes deklamieren die Nationalliberalen bereits seit Jahr und Tag, namentlich seitdem sie in ihrer Reichstagsfraktion einen früheren Legationssekretär sitzen haben, dem leider nicht die Möglichkeit gegeben wurde, seine zweifellos ganz bedeutenden diplomatischen Fähigkeiten voll entwickeln zu können. Die Abschüttelung der unter dem Einfluß des Freiherrn v. Heyl stehenden „Süd-deutschen Nationalliberalen Korrespondenz“ und der scharfmacherischen „Hamburger Nachrichten“ sollte offenbar eine Konzession an den etwas liberaler gerichteten Flügel der Nationalliberalen auf ihrer Tagung nichts Neues gesagt, denn sie sind stets für eine Hurrapolitik eingetreten, nur in der Frage der Kostendeckung sind sie offenbar in einer starken Lähmung befangen, denn der Antrag Bassermann-Erzberger war nichts anderes als eine Verlegenheitsphrasen, denn Bassermann und Erzberger haben sich bei der Einbringung des Antrags jeder etwas anderes gedacht. Sobald die Steuervorlagen dem Reichstage unterbreitet werden, wird das recht kühnlich zuzugehören. Für die Kriegstreiber und Rüstungshörer bedeutet aber die Stellung des nationalliberalen Gesamtverbandes eine ganz wesentliche Förderung.

Das preussische Abgeordnetenhaus

setzte am Dienstag die Beratung des Baueinsatz fort. Redner des Zentrums und der Nationalliberalen traten dafür ein, daß endlich die Kanalisierung der Mosel und Saar durchgeführt werde, um den Erz- und Kohlentransport für die Eisenindustrie Südwestdeutschlands zu erleichtern. — Der Minister von Dreierbach erklärte, wie schon früher, so auch diesmal, von diesem Projekt nichts wissen zu wollen, da es eine zu große Benachteiligung der Eisenbahn zur Folge haben würde. Er verwies aber auf die Tarifermäßigungen, die die Staatseisenbahnen zum Ausgleich für das Unterbleiben der Kanalisierung gewährt haben. — Der konservative Graf Kanitz wollte sogar diese Tarifermäßigungen lieber unterlassen sehen und jähre u. a. aus, daß jede Verbesserung der Lage der südwestdeutschen Eisenindustrie ihren Gewinn sowie die Löhne der Arbeiter erhöhen müßte, was schließlich wieder die Landflucht vergrößern könnte, indem landwirtschaftliche Arbeiter des Ostens nach dem jüdwestdeutschen Industriegebiet ziehen würden. — Genosse Hoffmann benutzte diese Bemerkung, um an ihr zu zeigen, wie die Junker bei der Beurteilung von Verkehrs- und selbst von Kulturfragen nur von ihrem Klassenegoismus sich leiten lassen. Dann brachte unser Redner verschiedene Beschwerden der Breslauer Handwerker vor, die durch einen rücksichtslosen Kampf der Dampfzucker-Gesellschaften und der staatlichen Behörden um ihre Erlöse gebracht werden. Hoffmann fragte die Regierung auch um Auskunft über verschiedene korrumpierende Beziehungen zwischen Breslauer Strombaubeamten und den Dampfzucker-Gesellschaften, die in Breslauer Interessentenkreisen behauptet werden. — Der Unterstaatssekretär des Verkehrsministeriums erklärte, daß die Handwerker nicht aus Mittelstandsfeindschaft, sondern im Interesse des technischen Fortschritts befristet werden, daß die Beamten unerlaubte Nebengeschäfte nicht betreiben dürften, daß aber die gegen sie erhobenen Beschuldigungen so lange zurückgewiesen werden müssen, als nicht Beweise dafür vorliegen. Hoffmann rief hier dem Regierungskommissar zu, ob denn die Sozialdemokraten etwa diese Beschwerden nachprüfen sollten. — Die Weiter-Beratung wurde auf Donnerstag vertagt, da der Mittwoch für die Budget-Kommission freibleibt.

Aus der Wahlprüfungskommission des Reichstags.

Am Dienstag wurde die Prüfung der Wahl des Abg. Dr. Eohn (SD.) zu Ende geführt. Wenn alle in dem Protest behaupteten Unregelmäßigkeiten als wahr erwiesen worden wären, hätten im äußersten Falle dem Abg. Dr. Eohn 231 Stimmen abgezogen und dem unterlegenen Dr. Wiemer 749 Stimmen zugezählt werden können. Es hätte sich sonach um 1030 Stimmen gehandelt. Da Dr. Eohn aber eine Mehrheit von 1642 Stimmen hatte, so konnte am Resultat der Wahl nichts geändert werden. Die Kommission erklärte daher die Wahl einstimmig für gültig.

Die Kommission legte dann die Prüfung der Wahl des Abg. Dietmeyer (WBg.), gemäß dem Fürstentum Weiskirchen, fort. Nach dem Protest hatte an einer antifeudalen Versammlung in Arolsen der Landesdirektor mit einer Anzahl seiner Beamten teilgenommen. Diese Beamten forderten zur Wahl Dietmeyers auf. Ein anderer Verwaltungsbeamter begleitete den Abg. Dietmeyer in die Versammlungen, um dort agitatorisch für ihn tätig zu sein. In einem Ort soll die Ortsbehörde den Einwohnern den Bau einer Straße versprochen haben, für den Fall, daß Dietmeyer gewählt werde. Die Kommission erachtete diese Behauptungen für erheblich und beschloß Beweiserhebung.

Bestehte Arbeit?

Bei einigen Tagen wurde in einer Vorstandssitzung des Reichsverbandes Deutscher Städte (Städte unter 25 000 Einwohnern) durch den Vorsitzenden Stimmung für eine „ausreichende Heeresvorlage“ gemacht. Gegen diese Politik des Reichsverbandes wurden mit Recht Einwände erhoben. Namentlich jagt der Verbandsvorsitzende Bürgermeister Saalman-Pfeil das Fortgehen in der letzten Verbandssitzung zu rechtfertigen. Folgende Begründung Saalmanns wird in der bürgerlichen Presse veröffentlicht:

Das Ansehen und Gelingen der kriegsangehörigen Städte sei von der Beschaffenheit des Deutschen Reiches abhängig. Schon die Balkanstaaten hätten den Städten erhebliche Verluste gebracht. Handel und Wandel seien in diesen Ländern erloschen, der Sparkassenverkehr zurückgegangen,

der Kurssturz der Anleihepapiere habe erhebliche Nachteile gebracht und es sei eine bemerkenswerte Bargeldnot eingetreten. Die beste Gewährleistung für die Erhaltung des Friedens sei eine ausreichende Verstärkung von Heer und Flotte. Es werde gewiß nicht leicht sein, eine Quelle zur Deckung der Kosten zu finden; doch für diese Volksversicherung, die der Gesamtheit des Deutschen Reiches zugute komme, müsse Geld vorhanden sein, ganz einerlei, woher es komme. Da das Deutsche Reich zurzeit etwa 60 000 zur Einstellung in das Heer oder in die Marine brauchbare Leute der Reserve überweise und die Gerechtigkeit es erfordere, daß jeder dienstbrauchbare Mann seiner Militärpflicht genüge, so empfehle es sich, die Vorlage so zu gestalten, daß die vorhandenen Kräfte völlig ausgenutzt werden. Die Heeres- und Marineverwaltung solle endlich ganze Sache machen.

Der Eingriff des Vorstandes des Städteverbandes muß als völlig unangebracht erachtet werden, da er in dem Falle den Teufel mit Beelzebub zu vertreiben sucht. Daher erscheint das Vorgehen in der Vorstandssitzung mehr und mehr als „bestellte Arbeit“ der Kriegsrüstungs-Interessenten.

Reichsgegesetzliche Regelung des Geheimmittelswesens.

Wie verlautet, gedenkt die Regierung dem Reichstage eine Vorlage zu unterbreiten, durch welche dem Handel mit Geheimmitteln entgegengewirkt werden soll. In dem Kurpfuschergesetz, das im vorigen Reichstage nicht mehr erledigt werden konnte, waren bereits Maßnahmen enthalten, die sich gegen das Geheimmittelswesen richteten. Dieser Teil der Vorlage gelangte in der Kommission überhaupt nicht zur Beratung, und schon damals ist der Regierung erklärt worden, sie möge die beiden Materien, Kurpfuscherei und Geheimmittelswesen nicht in einem Gesetz regeln, sondern für jede eine besondere Vorlage einbringen. Im Zusammenhang mit der Tatsache, daß die Regierung alles anwenden will, um den Geburtenrückgang aufzuhalten, scheint es sehr wahrscheinlich, daß eine Vorlage zur Bekämpfung des Geheimmittelswesens dem Reichstage zugehen wird.

Die neue Militärvorlage.

In der „Deutschen Zeitung“ werden bereits Einzelheiten über die neue Militärvorlage mitgeteilt. Danach beträgt die Mehrforderung 54 000 Mann, die sich auf Infanterie, Kavallerie und Feldartillerie verteilen. Raum-mangels halber müssen wir es uns versagen, heute näher auf die Einzelheiten einzugehen. Wir werden morgen darauf zurückkommen.

Dertel, der Kaiser und der liebe Gott.

Am Sonntag hat Wilhelm II. bei einer Feier zur Erinnerung an die Befreiungskriege, die in der Berliner Universität stattfand, eine Rede gehalten, in der er seine bekannte Auffassung über den Betrieb der Weltgeschichte durch den lieben Gott wieder einmal unter dem lebhaften Geirampel der Herren Studenten zum Ausdruck brachte. Wilhelm II. hat den Zusammenbruch von 1806 als ein Gottesgericht bezeichnet, das deshalb über das preußische Volk hereingebrochen sei, weil dieses nach dem Tode des großen Friedrich den Glauben verloren habe. Wir brauchen uns mit Wilhelms Geschichtstheorie nicht auseinanderzusetzen. Sie ist seine Privatangelegenheit. Es scheint ja auf den ersten Blick etwas merkwürdig, daß der liebe Gott den König Friedrich II., der zu ihm in sehr schlechten Beziehungen stand, über seine Feinde sehr große Siege ersehnen ließ, während der viel frömmere Friedrich Wilhelm III. im Jahre 1806 so großes Pech hatte. Aber Gottes Rathschlüsse sind ja bekanntlich unerforschlich.

Die Rede, die mit der Aufforderung an die Studenten schloß, sich den goldenen, im Feuer gehärteten Schild des Glaubens zu schmieden, hat das helle Entzücken des Herrn Dertel hervorgerufen. Dieser Agrarierführer versteht es ja besonders gut, die gerissenste Verteidigung der agrarischen Wucherpolitik mit frommem Augenaufschlag zu vereinen. Er nennt in seiner „Deutschen Tageszeitung“ die jüngste Kaiserrede ein goldenes Wort zur rechten Zeit. Unter anderm bemerkt er dazu:

Wir haben wiederholt daran erinnert, daß die Freiwilligen, die damals in den Kampf zogen, sich vorher an den Altären sammelten, um sich zu dem Herrn der Heerscharen zu bekennen und seinen Segen zu empfangen. Auch wir können die bevorstehenden, vielleicht noch schwereren Kämpfe nicht siegreich zu Ende führen, wenn wir nicht den Pfad innehalten oder wiederfinden, den damals unsere Ahnen gegangen sind, — den Pfad, der emporführt zu Gott.

Allerdings, dem Herrn Dertel und seinen Freunden stehen schwere Kämpfe bevor. So werden sie noch manchen harten Strauß gegen die gottlosen Leute ausfechten müssen, die vor dem agrarischen Geldbeutel nicht genügend Respekt haben und ihm mit einer Erbschaftsteuer oder mit irgend einem anderen schändlichen Steuerwerk zu Leibe gehen wollen. Es wäre jedenfalls zweckmäßig, daß sich auch die Herren Agrarier, wie einst die Freiwilligen im Jahre 1813, vorher an den Altären sammeln, wenn sie zum Kampf für Steuerdrückbereizerei, Zuchthausgesetze und ähnliche gottgewollte Dinge ausziehen. Vielleicht greift dann der liebe Gott seinen agrarischen Getreuen mit einem Gottesgericht gegen die Steuerheger und Umsturzer unter die Arme.

Balkan.

Auf dem Kriegsschauplatz wollen die Türken die Griechen bei Janina besiegelt, bei Rodosto Truppen gelandet und auf Gallipoli, sowie an der Thakatalische-Linie erhebliche Erfolge erzielt haben. Richtig scheint an diesen Siegesmeldungen nur zu sein, daß die bulgarischen Truppen, sowie das bulgarische Hauptquartier sich hinter die Front von Thakatalische zurückgezogen haben. Die Bulgaren erklären diesen Rückzug mit tatsächlichen Gründen. Nach ihren Meldungen sollen die Türken in der Schlacht auf der Halbinsel Gallipoli mehr als 15 000 Tote und Verwundete verloren haben. Auch diesen Nachrichten ist der Stempel der — gelinde gesagt — Übertreibung angebracht.

Eine starke türkische Abteilung hatte einen Ausfall aus Adrianopel unternommen und will hierbei dem Feinde beträchtliche Verluste beigebracht haben. Hiernach ist sie wieder in die Festung zurückgezogen.

Da Bulgarien sich weigert, ein Stabviertel von Adrianopel zum Schutze der Fremden während der Belagerung für neutral zu erklären oder den Fremden das Verlassen der Stadt zu gestatten, bestand Frankreich neuerlich in dringender Form darauf, daß seinen Staatsangehörigen die Erlaubnis zum Verlassen Adrianopels erteilt wird.

Japan.

Sturz des Kabinetts. Aus Tokio werden neue Nachrichten gemeldet, die zum Rücktritt des Kabinetts Katsura führten. Die Zusammenstöße zwischen Polizei und der erregten Volksmasse haben das Ergebnis gehabt, daß 6 Menschen getötet und 65 verwundet wurden. Die Volksmüt richtete sich gegen die Regierung und besonders gegen die offiziellen Zeitungen, denen man die Bureaus anzünden wollte.

Amerika.

Die neueste Revolution in Mexiko. Aus den sich teilweise widersprechenden Meldungen läßt sich als Kern herauschälen, daß der Aufstand in Mexiko, der sich gegen die Präsidentschaft Maderos richtete, augenscheinlich erfolgreich gewesen ist. Der Neffe von Porfirio Diaz, der Jahrzehnte lang als Präsident an der Spitze von Mexiko gestanden, der Oberst Felix Diaz, hat offenbar nun das Heft in der Hand. Damit ist Maderos Herrschaft gestürzt und das alte Regime wieder am Ruder. Madero soll aus der Hauptstadt an die Küste geflohen sein.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, 12. Februar.

Berechnung der Unfallrente. Mit dem 1. Januar 1913 sind die neuen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung über Unfallversicherung in Kraft getreten. Die wesentlichste Aenderung, die das neue Recht bringt, ist, daß der für die Berechnung der Rente zugrunde zu legende Jahresarbeitsverdienst nicht mehr, wie früher, nur bis zu 1500 Mk., sondern bis zu 1800 Mark soll in Rechnung zu stellen ist. Nach dem alten Gesetz wurde der 1500 Mk. übersteigende Verdienst nur zum dritten Teile angerechnet, worunter besonders die besser entlohnenden Arbeiter zu leiden hatten. Dieselbe Verfürzung auf ein Drittel gilt jetzt nur für den Betrag, der 1800 Mark übersteigt. Nach Artikel 60 des Einführungs-gesetzes zur Reichsversicherungsordnung bietet sich den Verletzten und deren Hinterbliebenen in vielen Fällen ein Weg, die neuere Art der Rentenberechnung auch für vor dem 1. Januar 1913 eingetretene Unfälle verlangen zu können. Diese Bestimmung lautet:

„Die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung sind, wenn sie für die Berechtigten günstiger sind, vorbehaltlich der Artikel 85, 87 bis 93, 96 bis 99 auf die erste Feststellung von Entschädigungsansprüchen aus Unfällen anzuwenden, die sich vor dem Inkrafttreten des dritten Buches der Reichsversicherungsordnung ereignet haben. Dies gilt jedoch nur dann, wenn der Berechtigte schon nach altem Rechte einen Entschädigungsanspruch hatte und über diesem an jenem Tage noch nicht rechtskräftig entschieden ist.“

Wer also vor dem 1. Januar 1913 einen Unfall erlitten hat, vor demselben über 1500 Mk. im Jahre verdiente und die Rentenberechnung nach dem neuen Gesetz verlangt, dessen Ansprüche dürfen am vorgenannten Tage noch nicht rechtskräftig entschieden sein. Rechtskräftig entschieden ist über Unfallsprüche erst dann, wenn der erste berufsfähige Bescheid über einen Monat alt ist und die Gerichte nicht mehr beschäftigt. — Der Artikel 60 des Einführungs-gesetzes kommt zweifellos für die Mehrheit aller Unfälle in Frage, die sich in den letzten Monaten des Jahres 1912 ereignet haben, ganz bestimmt aber für alle Rentenansprüche, über die erst nach dem 1. Dezember 1912 ein berufsfähiger Bescheid verfaßt wurde, da diese bis zum 1. Januar 1913 die Rechtskraft nicht erlangt haben. Das wissen auch die Unfall-fassen sehr genau, und darum hätte man erwarten sollen, daß sie in den letztgenannten Fällen den zwingenden Bestimmungen des Artikels 60 folgend die neue Art der Rentenberechnung angewendet hätten. Das tun sie aber nicht! Es heißt also aufpassen für diejenigen, die mit Unfallkassen zu tun haben, damit diese nicht noch zu den Geschenken, die ihnen der Gesetzgeber gab, solche aus Gesetzesunkenntnis der Arbeiter hinzu bekommen.

Jahresbericht der Zahlstelle Lübeck des Deutschen Buchbinder-Verbandes für 1912. Demselben ist zu entnehmen, daß im verfloßenen Jahre eine Generalversammlung, 10 Mit-glieder-Versammlungen, eine Vorstandssitzung mit dem Vorstand der Steinbrüder und Lithographen, 6 Gewerkschaftsvorstandssitzungen, 8 Kartell-sitzungen, 6 Gewerkschaftshauskommissionssitzungen, 4 Krankentassen-sitzungen und 3 Werkstübensitzungen stattgefunden haben. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 15 Sitzungen. In einer hiesigen großen Druckerei wurde durch Vermittelung des Bevollmächtigten für 18 Kol-len eine Lohnzulage von 1 Mk. pro Woche erreicht. Ferner wurde im April vergangenen Jahres für drei Buchdruckereien, zwei Buchbindereien und eine Kartonagenfabrik für 36 Arbeiterinnen eine wöchentliche Gesamtzulage von 32 Mk. erreicht, trotzdem die Freie Vereinigung der Buchbindereimeister behauptet, daß die Arbeiterinnen einen „angemessenen“ Lohn erhalten. Ferner wurde der Affordiarist der hiesigen Kartonagenfabrik einer gründlichen Revision unterzogen. Der Mitgliederbestand war am Schlusse des Jahres 1911: 32 männliche und 67 weibliche, im vierten Quartal 1912 hatten wir einen Bestand von 40 männlichen und 92 weiblichen, zusammen 132 Mitgliedern. Der Versammlungsbesuch war zu Anfang des Jahres ein guter zu nennen, die höchste Zahl war 45, die niedrigste 22. In Bergnügungen fanden statt drei Ausflüge, ein Sommerfest und ein Winterfest. Die Verbands-kasse ergab eine Einnahme von 2275,51 Mk. Berausgabt wurden an Arbeitslosenunterstützung 260 Mk., Krankenunterstützung 290 Mk., Umzugsunterstützung 60 Mk., örtliche Verwaltung 278,17 Mk., an die Verbandshauptkasse gesandt 991,29 Mk. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 648,25 Mark, der eine Ausgabe von 239,79 Mk. gegenüberstand; somit war am Schlusse des Jahres ein Bestand von 408,46 Mk., gegenüber des Jahres 1911 ein Mehr von 330,02 Mk. vorhanden. Dank dem Eingreifen der Agitationskommission und des Vorstandes war es uns möglich, durch intensive Haus-agitation unsere Mitgliederzahl so zu erhöhen. In diesem Jahre gilt es, alle Kräfte zu sammeln, um die im kommenden Herbst stattfindende Lohnbewegung zu einem für unsere Kollegen und Kollegen günstigen Abschluß zu bringen. Darum beteilige sich jeder ohne Unterschied an der Kleinarbeit für unsere Organisation.

b. Schöffengericht am 11. Februar. Für die Reparatur eines verkauften Motorrades machte sich der Majntmehauer S. dadurch bezahlt, daß er den Uffter eines Kaufmannes für 6 Mark verletzte und dann nach Berlin reiste. Zu verlangen hatte der Angestellte von dem Käufer seines Rades nur 2 Mark. Da er wegen Diebstahls schon verurteilt ist, wird er für diese Unterschlagung zu einem Monat Gefängnis verurteilt. — Erst 17 Jahre alt und schon

Rechtsbedürftiger ist der Arbeiter Sch. Er war in der Herberge einem andern beim Ausrauben der Tasche eines Betrunkenen behilflich. Von dem gestohlenen 1,20 Mark bekam Sch. 40 Pf., die ihn auf eine Woche ins Gefängnis bringen. Der bedingte Straffußschuß wird nicht befürwortet, da der jugendliche Sünder bereits einen Verweis wegen Diebstahls erhalten hat und die Fledderei besonders strenge Strafe erheischt. — Den Travenmünder Nachtwächter hatte ein junger Bauarbeiter beleidigt. Dieser kam von einer Verlobungsfeier seines Kameraden, den er vorher zur Feier des Tages in der Schubkarre auf dem Marktplatz herumgeführt hatte. Da ihm dieses Vergnügen so ungemein Spaß machte, führte er den leeren Wagen nach halbstündiger Pause nochmals 10 Minuten auf dem Bürgersteig nachts 12 Uhr spazieren. Den alten treuen Nachtwächter zieh er der Lüge. Mit insgesamt 20 Mark ist diese Geisel abgetan. — Für einen zwölfjährigen Schulknaben, der wegen Auslöschens einer Laterne drei Mark Polizeistrafe erhielt, legte dessen Vater erfolglos Berufung ein. Ein Verweis sei bei derartiger grober Ungehörigkeit am Platze. — Des Betrügers hat sich der Schneider J. dadurch schuldig gemacht, daß er beim Wohnungsstellen vorgab, er arbeite bei der Lübeck-Büchener Bahn und bezöge sein Gehalt monatlich. Auf dieses hin wurde ihm Frist gewährt, die ohne Zahlung verstrich. 30 Mark Geldstrafe oder 6 Tage Gefängnis werden gegen ihn erkannt. — Für den Kaufmann K., der sich vorige Woche wegen Betrugs zu verantworten hatte, waren die Mafsen des Gefekes nicht genug; er wurde bei der heutigen Urteilsverkündung freigesprochen. K. hatte eine alte Frau um 500 Mark erlöst. Diese Frau wurde in einem Inzerat als Fiktalleiterin gesucht — ein Hauptgeschäft als notwendige Voraussetzung einer Fiktale war nicht vorhanden. Das Gericht erachtete die Angabe K.s, daß die ersten dreihundert Mark unter Zustimmung der Geldgeberin für Verkaufsverpflichtungen einer abbruchfähigen Mühle draufgegangen seien, für glaubwürdig, jedenfalls könne ihm kein ziffernmäßiger Gegenbeweis erbracht werden. Auch für die weiter zugesprochenen 200 Mark zur Anschaffung der Kolonialwaren müsse man annehmen, daß er damit zum größten Teil bestellte Waren habe bezahlet wollen, dies nur nicht getan hätte, weil die verlangte Rechnung nicht rechtzeitig eingegangen sei. Bauernfängererei von vornherein könne ihm nicht nachgewiesen werden, wenn er auch im höchsten Grade verdächtig sei. Mangels Beweises mußte deshalb auf Freispruch erkannt werden. Beantwärt waren zwei Monate Gefängnis. — Als Spezialist für Ehescheidungsklagen wurde einem überdrüssigen Ehe-mann der Wärrer G. empfohlen. Dieser hatte sich als früherer Bureauvorstand eines Rechtsanwalts ausgegeben. Er habe das Recht, Personen vor Gericht zu vertreten und hätte Ehescheidungen öfter mit Erfolg durchgeführt. Vertrauensvoll übergab ihm der Ehemann, der seine Frau los sein wollte, die verlangten Unterlagen zum Prozesse. Neben den Papieren auch Geld für angebliche Auslagen. Nach einer Lesart sind's acht, nach der andern 13 Mark gewesen. Dem scheidungs-lustigen Ehemanne dauerte die Geschichte zu lange, er wurde immer wieder vertrieben. Zum Schluß stellte sich heraus, daß G. gar nichts unternommen hatte und daß seine „Spezialität“ in Ehescheidungen in einer einzigen praktischen Erfahrung bestand: dem eigenen Trennungssatz durch Richter-spruch. Wegen Betrugs angeklagt, erhält G. 10 Tage Gefängnis. — Dreißig Mark muß ein junger Arbeiter wegen Pfandverschleppung bezahlen, der eine verriegelte „Sprechmaschine“, die er als sein Eigentum reklamierte, trotz Verbots des Gerichtsvollziehers aus der Stube seiner Schwiegereltern wegrug.

mh. Pädagogische Probleme der Gegenwart. Vortrags-wesen der Oberschulbehörde im Johanneum. In seinem vierten und letzten Vortrage unternahm Herr Prof. Dr. W. H. G. einen Streifzug durch das Lehren, Fortbil-dungs-, Mittel- und Auslandschulwesen. Die Lehrer-jeminare, die durchweg sechsstündig sind, haben die Aufgabe, für das Volksschulwesen Lehrkräfte vorzubereiten. Ein Problem, das diese Kreise gegenwärtig in Spannung hält, ist die Zulassung zum Universitätsstudium. — Die Mittelschule soll die Kinder für die Bedürfnisse der Industrie, des Handels und für die mittleren Stellen in den staatlichen und kommunalen Ver-waltungen heranbilden. — Den Fortbildungsschulen fällt das Bestreben zu, die schulentlassene Jugend bis zum 18. Lebens-jahre durch Unterricht in Gewerbe und Handel in Kontakt mit Arbeit und Bildung zu bringen. Man beschäftigt sich mit dem Problem, auch für ungelernete Arbeiter und für Mäd-chen obligatorische Fortbildungsschulen zu schaffen. — Das deutsche Schulwesen im Auslande ist großartig organisiert und ist über den ganzen Erdball verbreitet. Jedoch hat man oft sehr schwer unter den Gesetzen der betreffenden Länder zu leiden. So z. B. müssen sich in Holland alle deutschen Lehrer, die an einer dortigen deutschen Schule unterrichten wollen, einer holländischen Prüfung unterziehen. — Zum Schluß seines Vortrages äußerte Herr Prof. Dr. W. H. G., daß dem Schulwesen zwei bedeutende Hemmungen entgegenstehen. Die eine ist der finanzielle Gesichtspunkt. Staaten, die nicht unter der Last des Militarismus, wie z. B. Dänemark, Schweden und Norwegen, leiden müssen, sind in dieser Hinsicht besser daran. Die zweite Hemmung besteht darin, daß die Schule, insbesondere die Volksschule, das Objekt des Streites der politischen Parteien geworden ist. Jede will ihre Grundfälle, religiöser und konfessioneller Art, durchgesetzt wissen. Redner spricht jedoch dem Religionsunterricht in der Schule seine Verechtigung nicht ab.

Der Lustmord in der Kronsforder Allee erregt noch immer lebhaft die Gemüter der hiesigen Bevölkerung. Die Verdächtig-ten, welche bisher verhaftet und vernommen worden sind, kommen als Täter nicht in Betracht. Gestern verlaublich das Gerücht, daß man bei Reinfeld die Kleider des Mörders gefunden habe. Richtig ist, daß dort Kleidungsstücke gefunden sind, doch scheinen sie nicht dem Mordbuben gehört zu haben, da sich Blutspuren in denselben nicht nachweisen lassen.

Große Unterschlagungen hat der Haus- und Hypotheken-makler Höpner begangen, der sich gestern selbst der Staats-anwaltschaft angezeigt und sofort verhaftet wurde. Es ver-läutet, daß es sich um die Summe von etwa 10 000 Mk. han-delt, um welche eine heftige Sterbefasse geschädigt worden ist, deren Kassensführer Höpner war.

Zahl Schulgeld! Das für Schüler der sämtlichen städtischen Schulen für das 4. Vierteljahr 1912/13 (Neujahr bis Ostern) laut Schuldrechnung zu zahlende Schulgeld ist in der Zeit vom 1. bis zum 15. Februar, werktäglich von 9-1 und 3-5 Uhr bei der Kasse der Oberschulbehörde, Glockengießerstraße 4, zu entrichten.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden dem hiesigen Me-dizinalamt im Monat Januar in 103 Fällen gemeldet. Da-von betrafen 35 Fälle (1 tödlich verlaufen) Masern, 39 Schar-lach, 25 (2 tödlich) Diphtherie, 3 (1 tödlich) Typhus und 1 (tödlich) Wochenbettfieber.

Druckfehlerberichtigung. In dem gestrigen Stimmungs-bild von der Bürgerchaftsverhandlung muß es im zweiten Absatz, Zeile 7, anstatt Kesselfeuer richtig Kesselfeuerung heißen.

Neues Stadttheater. Uns wird geschrieben: Trauows Liebes- und bis zu einem bestimmten Grad auch Libretto Drama „Inge“ wird am Freitag, dem 14., noch einmal in Szene gehen. Für Sonntag ist im Spielplan außer einer „Maffenschiend“-Aufführung als 7. Volksvorstellung am Nachmittag die erste heftige Aufführung der Pohl und Wiltschens Posse „Bummele und die Töchter“ vorgesehen. Auf die übermühtige Posse ist schon hingewiesen. Sie gibt uns die Lebensgeschichte einiger verbummelter Studenten, die anfangs mit dem goldenen Leichtsinn der Jugend in den Tag hinein-leben, dann das Studium aus Geldmangel quittieren und als Wirte und Musiklehrer ein fragwürdiges Erwerbssleben führen müssen, bis jeder schließlich durch Glück, Verstand und eine Erbschaft in sichere Verhältnisse kommt. Die vielen drohenden Epitoden werden durch ungemünzte anspitzende Musikleinlagen von Brecht-Schneider und Bogumil Zeppler, beides gute Namen, besonders wirkungsvoll gehoben. Heute wird Adolf Pauls Komödie „Die Sprache der Vögel“ zum ersten Male gegeben, morgen als vierter und letzter Tag des Ribelungen-Ringes die „Götterdämmerung“ mit Carl Giesen vom Kölner Stadttheater in der Partie des Hagen als Gast. Auf beide Aufführungen sei nochmals aufmerksam gemacht.

Reinfeld. Die neue Wegeordnung betreffend ist von der Großherzoglichen Regierung eine Versammlung auf den 18. Februar, 2 Uhr nachmittags, im Hotel Germania in Schwartau anberaumt. Zweck der Versammlung ist eine Besprechung der durch die neue Wegegesetzgebung erforderlichen Maßnahmen. Um dieser Erläuterung mit beizu-wohnen ist jeder Gemeindeglieder eingeladen.

Schwartau. Anmeldung der zu Ostern 1913 schulpflichtigen Kinder Freitag, den 14. Februar 1913, nachmittags von 2 bis 3 Uhr. Die Impfscheine der Kinder sind vorzulegen.

Arbeiter, Parteigenossen!
Erwerbt
das lübeckische Bürgerrecht!

Kiel. Soldaten sein schön. Von hier sind wieder einige Fälle mitzuteilen, die Zeugnis ablegen von der Un-haltbarkeit des militärischen Systems. 1. Angeklagt war der Matrose Bittner vom kleinen Kreuzer „Dresden“ wegen Widersetzung und Erkennens des Angehörigen. B. hatte am 26. Januar vom Wachoffizier den Befehl bekommen, dem Schiffsingenieur zu melden, daß der Ingenieur des Kreuzerverbandes an Bord käme. Die Sache eilte, da das Boot des Verbandsingenieurs schon längs des Schiffes war. B. lief zur Kammer des Schiffsingenieurs, kurz vor dem Ziel wurde er jedoch von dem Oberbootsman-nen Kehlbrink zurückgehalten. Der Obermaat führte dort die Aufsicht beim Reinigen des Schiffes und befahl dem B., zurückzugehen. B. soll nun nach der Behauptung des Ober-maaten absichtlich gegen ihn angerannt sein, er soll den Befehl, zurückzugehen, nicht ausgeführt, den Obermaaten bei den Schultern gefaßt und beiseite geschoben haben. Ferner soll der Matrose wegen der Störung noch vor sich hingebrohmt haben. Der Matrose bestritt, daß er absichtlich mit dem Ober-maaten zusammengestoßen sei, er habe es vielmehr sehr eilig gehabt. Eine eigenartige Rolle spielt der Obermaat. Sogar der Vertreter der Anklage sah sich veranlaßt, darauf hinzu-weisen, daß er bei seiner dreimaligen Vernehmung immer ab-weichende Aussagen gemacht hatte. Auch vor dem Kriegs-gericht mußte er zuerst gemachte Aussagen wesentlich ein-schränken. Festgestellt wurde, daß der Matrose, wenn er zur Kammer des Ingenieurs wollte, über den frisch geschuerten Fußboden gehen mußte, daß er ihn jedoch bei diesem Vorfall nicht betreten hatte. Der Vertreter der Anklage bean-tragte gegen den Matrosen die harte Strafe von acht Mo-naten Gefängnis. 1) Das Kriegsgericht für Auf-klärungsschiffe sprach ihn jedoch von der Anklage der Wider-setzung frei, verurteilte ihn aber wegen Erkennens des Angehörigen zu drei Monaten Gefängnis. Wäre der Matrose den Anordnungen des Ob-ermaaten gefolgt und hätte dabei den Befehl des Wachoffiziers gar nicht oder nicht schnell genug ausgeführt, wäre er sicherlich auch bestraft worden. — 2. Das Kriegsgericht urteilt nicht immer so hart, es kennt auch Milde. Der Heizer Bittes, ein „alter Mann“, hatte an Bord des kleinen Kreuzers „Stettin“ Rekruten geschlagen. Am 13. Ja-nuar, nachts, ging er zu dem Rekruten Kölsch, der schon in der Hängematte lag. Er schlug ihn mit der Faust ins Gesicht, angeblich, weil Kölsch es gewagt hatte, sich gegen einen an-deren „alten Mann“ zur Wehre zu setzen. Ein anderer Re-kрут, der auf Anruf des Kölsch das Licht einschaltete, erhielt dafür ebenfalls acht bis neun Schläge ins Gesicht. Dann ging Bittes wieder zu Kölsch, würgte ihn am Hals und als Kölsch sich wehrte, schnitt er die Befestigung, mit der das Kopfen-de der Hängematte an der Decke angebracht war, durch. Kölsch stürzte rücklings aus der Hängematte und schlug mit dem Kopf auf den Fußboden. Er zog sich eine leichte Gehirner-schütterung zu, die glücklicherweise keine nachteiligen Folgen hinterließ. Dann wollte sich der rohe Patron feige drücken, er wurde aber von einem Vorgesetzten, der das Stöhnen des Kölsch gehört hatte, erkannt. Für diese Roheit hatte dasselbe Kriegsgericht nur vier Wochen strengen Arrest ü-brig! — 3. Der frühere Maschinenmaat Weber war Ende 1911 und Anfang 1912 auf dem kleinen Kreuzer „Augs-burg“. Die ihm unterstellten Heizerrekruten wurden syste-matisch mißhandelt. Er schlug sie mit Holzstäben und Kupferdraht, bewar sie mit Schlägen und Koh-lenstücken. An einen Bindfaden band er eine Schraubens-mutter und schlug damit. Nach den Aussagen der Heizer wurden sie täglich mißhandelt. Ein Maschinen-anwärter ist allein mindestens vierzigmal miß-handelt worden. Unter den Heizern des jüngsten Jahrganges befand sich keiner, der nicht Schläge oder Prüge be-lungen hat. Einen Maschinenanwärter nannte er „Katz“ und „Dummer Bengel“. Zum Teil trugen die Mißhandelten Stielen und blaue Flecke davon. Es wurden 52 Fälle der Mißhandlung, zwei Fälle der not-schriftswidrigen Behandlung und Beleidigung festgestellt. Außerdem hat der Angeklagte sich noch der Trunkenheit im Dienst, des Ungehörigen und des Belügens eines Vorgesetzten schuldig gemacht. Für diese systematischen Rekruten-qualereien hatte der Angeklagte nur vier Monate Ge-

fängnis und Degradation erhalten. Er hatte da-gegen Berufung eingelegt, der Gerichtsherr merkwürdiger-weise nicht; damit war dem Oberkriegsgericht der Dispo-sition die Möglichkeit genommen, auf eine höhere Strafe zu erkennen. Die festgesetzte Strafe blieb bestehen.

Bremen. Die Disziplinarverhandlung gegen den Lehrer Sonnemann, dem zum Vorwurf gemacht wird, daß er sich der angeblich sozialdemokratischen freien Jugendbewegung als Redner und Mitarbeiter zur Verfügung gestellt habe, ist nunmehr endgültig auf den 24. Februar festgesetzt. Seit Anfang April 1912 war Herr Sonne-mann suspendiert, das heißt vom Dienst entbunden und auf halben Sold gesetzt. Die Verhandlung findet morgens 9 Uhr im Neuen Rathaus statt. Der Saal wird mit diesem Ver-fahren nunmehr im Ernst „eingeweicht“, denn es ist der erste Disziplinarakt, der darin spielt.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein schweres Zuchthausurteil ist dieser Tage vom Königs-berger Kriegsgericht über den Arbeitskolonnen Otto West-land verhängt worden. Dem Heere gehört der Mann bereits seit 1905 an; er hat aber wiederholt die Flucht ergriffen und ist zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden. Bald nach Beginn der Dienstzeit hatte er die Kaserne verlassen, was ihm zwei Jahre und sechs Monate Gefängnis ein-brachte. Als er diese Strafe verbüßt hatte, wurde er wieder zu seinem Truppenteil gebracht, den er aber wieder verließ, worauf er zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Bei der Verbüßung dieser Strafe führte er sich so, daß ihm ein Teil der Strafe erlassen wurde. Er kam in die Arbeitsabteilung und auch hier wurde seine Führung als gut bezeichnet. Im vorigen Jahre begab er sich aber in Be-gleitung eines anderen Arbeitskolonnen wieder auf die Flucht. Dabei wurden anfänglich einige Diebstahle ausge-führt. Die Flüchtlinge reisten einige Monate hin und her, arbeiteten auch, bis sich Westland freiwillig stellte, während der andere verraten und festgenommen wurde. Westland er-hielt jetzt vom Kriegsgericht fünf Jahre und einen Tag Zuchthaus; gleichzeitig wurde auf Ausstoßung aus dem Heere erkannt. Seine Gesamtstrafen betragen also 10 1/2 Jahre! Sein Kamerad wurde zu einem Jahre und einen Monat Gefängnis verurteilt. Auch er ist bereits wegen Fahnenflucht vorbestraft.

Verurteilung eines ultramontanen Steuerdefrau-danten. Die Strafkammer in Dönnitz hat den früheren bayerischen Zentrumsabgeordneten, prakti-schen Arzt Dr. Haubert, wegen fortgesetzter Steuerhinter-ziehung zu 2588,47 Mk. Geldstrafe oder 12 Wochen Haft und Ertragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. — Wir haben kürzlich über die Mogeleyen des schwarzen Steuerdrückber-gers und die Hilfsdienste, die ihm von Zentrumsgrößen ge-leistet wurden, berichtet. Die Strafe ist mild genug aus-gefallen.

Der liebesdürstige Bürgermeister. Nahezu 10 000 Mk. Geldstrafen wegen Beleidigung wurden im Laufe des vori-gen Jahres durch das Seligenstädter Schöffengericht gegen den inzwischen seines Dienstes entbundenen Bürgermeister Adam Maier II. von Klein-Auheim (Oeffen) er-kannt. Den Klagen und Urteilen lagen die Tatsachen zu-grunde, daß der Bürgermeister gelegentlich der Vornahme von Amtshandlungen auf seinem Bureau seinen zärtlichen Gefühlen für das weibliche Geschlecht, ob verheiratet oder nicht, einen die Grenzen des Anstandes weit überschreitenden freien Lauf ließ. Merkwürdigerweise blieb dieses unter den Klein-Auheimer Frauen vielfach besprochene Verhalten des Bürgermeisters den davon betroffenen Ehemännern bis zu dem Zeitpunkt verborgen, bis durch eine ledige Kontoristin, deren unerklärlicher Weigerung, sich auf dem Bürgermeister-ant einzufinden, behördlicherseits nachgegangen wurde, die Gefühlsausbrüche des Bürgermeisters ans Tageslicht kamen. Auf einmal, nachdem die Sache angeknüpft war, fanden sich etwa 40 teils ledige, teils verheiratete Damen, die wegen tätlicher Beleidigung gegen den Bürgermeister vorgehen, und es regnete Geldstrafen gegen den Bürgermeister, und die Amtsentziehung folgte. In einem Falle hatte das Schöffengericht wegen der Beleidigung der Ehefrau Chr. Jonas auf eine Geldstrafe von 300 Mk. erkannt; die Strafkammer in Darmstadt hob aber am Frei-tag das Urteil auf und erkannte auf Freisprechung des Bürgermeisters wegen Verjährung, da der von den erotischen Ausschreitungen des Bürgermeisters informierte Ehemann Jonas die Klage nicht fristgerecht eingereicht hatte. In einem zweiten Falle hatte der Amtsanwalt Berufung ein-gelegt, da in der Sache Bauer eine Freisprechung zu Unrecht erfolgt sei; doch wurde auch hier auf Freisprechung erkannt und damit das Urteil erster Instanz bestätigt, weil die An-zeige nicht rechtzeitig eingereicht worden war, obwohl der beleidigte Ehemann rechtzeitig unterrichtet war. Den beiden Privatklägern, die die Kosten beider Instanzen zu tragen haben, sind damit nahezu 1000 Mk. Kosten erwachsen. — Wieviel freiwillige Schäferhündchen mag der frühere Bürgermeister mit Ehefrauen und Mädchen gefeiert haben, die nicht in die Öffentlichkeit gedrungen sind? Der Dorf-schulze scheint der reinste Sultan gewesen zu sein.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Stierfleisch- und Viehmarkt vom 11. Februar.
Auftrieb 6400 Schweine. Markt mäßig reger.
Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 75.— bis 76.— (60.— bis 61.— Mk.). Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 74,50 bis 75.— (59,50 bis 60,00 Mk.). Mittelwäre, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 75,00 bis 75,50 (58,50 bis 59,00 Mk.). Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 74.— bis 75,00 (57,50 bis 58,50 Mk.). Geringere Ware, Tara 24 Proz., 70.— bis 73.— (53,00 bis 55,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., — bis 73.— (58,50 bis —) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Proz., 68.— bis 72.— (53,00 bis 56,00) Mk.

Quittung.
Für das Jugendheim gingen ein:
Vom Schiff „Avance“ — 8,40 Mk.
Vom Kohlendampfer „Thomas Allen“ 0,75 Mk.
Der Jugendauschuß.
Briefkasten.
2 Streitende. Jeder Verhandlung in Strafsachen wohnt ein Vertreter der Anklagebehörde (Staats- oder Anwaltschaft) bei. Ausgenommen sind nur die Privatklagen. Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Verkauf (1049)
lebender Butt
 vom Boot aus
 am Donnerstag,
 dem 13. Februar 1913
 vormitt. von 8 Uhr ab an der
 Holstenbrücke, Gutfiner
 Brücke u. Hildesbrücke

Lübecker Straßenbahn.

Wir haben folgende Mit-Ma-
 terialien:
 ca. 9 000 kg alte Bremstügel
 2 800 " Radbandagen
 700 " Motorradräder
 3 200 " Abfallerstücke
 2 000 " eiserne Drehspäne
 300 " Aluminium-
 Schleifbügel
 2 700 " Kupferdraht
 700 " Rot- u. Messing-
 güßstücke
 250 " Blei
 7 000 " Weichengussteile
 24 000 " Oberbau-

Materialien
 abgegeben und bitten nun um gefl.
 Angebote bis zum 20. Febr. d. Js.
 Die Beschäftigung des Materials,
 welches größtenteils Depot Roede-
 strasse lagert, kann von 9-10 Uhr
 vormittags erfolgen.

Lübeck, den 8. Februar 1913.
 1047) Die Betriebsverwaltung.

Moderne Photographien
 zu billigen Preisen.

Atelier Lubeca, Breitestr. 13.
 Sonn- und Wochentags den ganzen
 Tag geöffnet; des Abends Auf-
 nahmen bei elektr. Licht. (497)

J. Westphal
 Klempner und Mechaniker
 wohnt jetzt Engelstraße 66.
 Telefon 1281. (1046)

IVO PUGHONY

Ein Pfund	hat einen Fettgehalt	Ein Pfund kostet Mk.
Butter	von ca. 85%	1.50
Palmona <small>PFLANZEN-BUTTER-MARGARINE</small>	von ca. 90%	0.90
Palmin	von 100%	0.75

Man erhält also für
Eine Mark

in Butter



0.56

in Palmona



1.00

in Palmin



1.33

Pfund Speisefett

Chorverein Lübeck.

Achtung Sänger!
 Freitag, den 14. Februar
 findet
Gesangstunde
 statt.
 1057) Der Obmann.

Tivoli

Telephon 9028.
 Wakenitzmauer 9.
 Donnerstag, 13. Februar 1913:
Grünkohlessen
 verbunden mit
 humoristischem Vorkabarett
 und Unterhaltungsmusik.
 Hierzu ladet freundlichst ein
F. Hildebrand.
 NB. Wegen Mangel an Raum
 bleibt die Stehlerhalle Donnerstag
 geschlossen. 1050

Neues Stadttheater.

Donnerstag, den 13. Februar 1913.
 Anfang 6 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.
 4. Vorst. i. Sonderabonnement.
 125. Vorst. i. Voll-Abonnement.
 21. Vorst. im Donnerstags-Abon.
 Der Ring des Nibelungen.
 4. Tag.

Die Götterdämmerung.

Sagen . . . Carl Giesen v. Stadt-
 Theater in Götu.
 Erhöhte Preise.
 Freitag, den 14. Februar 1913.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 9 1/2 Uhr.
 126. Vorst. i. B.-A. 21. Vorst. i. Freitag-A.

Inge.

Das Drama einer Liebe v. F. Trahom.
 Mittelpreise. 1048
 In Vorbereitung: **Bummel-
 studenten.** Pöffe von Wohl und
 Wilden. **Fra Diavolo.** Von Huber.
Frau Zuttas Untreue. Von Otto
 Linthes.

Hintze & Stech

Größte Möbelfabrik Lübecks
 empfehlen 882

Wohnungseinrichtungen.

Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen
 gegen bar in der Fabrik:
 Moislinger Allee 60.

Emilie Boy
 Königstraße 61
 Fernspr. 1811. Markthallenstr. 46.
 Donnerstag morgen verkaufe in
 Schwartau auf dem Marktplatz:
 Feinste Seefische, Seelachs, Kabel-
 jan, Dorsch, Goldbutt, Serringe.
 Simentofel billigst. (1051)

Sozialdemokratische Frauen.

Versammlung

am Donnerstag, 13. Februar
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstr. 50-52.
 Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Bildhauer
 R. Köhne über: „Kunst und
 Kunstgewerbe im Arbeiterhaufe“.
 2. Vorbereitung für sechs Frauen-
 Agitationsversammlungen im
 Lübecker Staatsgebiet.
 3. Verschiedenes.
- Auf besonders zahlreiches Er-
 scheinen der Genossinnen zu dieser
 Versammlung hofft
 1052) Die Einberuferin.

Zentral-Hallen

Dankwartsgrube 20.
 Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen.
 Anfang 8 Uhr.
 Ende 12 Uhr.

Hansatheater

Heute und folgende Tage:
 Anfang 8 1/4 Uhr. 1054

**Rund um die Alster
 mit Gebrüder Wolf.**

(Die Vorstell. ist 11⁰⁰ U. beend.)
 Vorverkauf bei Sager (Kohl-
 markt) bis 5 Uhr.
 Kassenöffnung 7 1/4 Uhr.
 Nach d. Vorstellung ab 11 Uhr:
Kabarett. Eintritt frei.

Lübecker Straßenbahn.

Auf der Linie 7 Bahnhof—Israeldorf und
 14 Forsthalde—Kücknig

treten am Dienstag, dem 11. Februar ds. Js., folgende Fahrplanver-
 änderungen ein:

1. Es wird ein **Schülerwagen** eingelegt, welcher zwischen Kücknig
 und dem Geibelplatz direkt verkehrt:
 Ab Kücknig . . . 7 Uhr 20 Minuten morgens
 Forsthalde . . . 7 . 35
 an Geibelplatz . . 7 . 52

2. Abfahrt der Spätwagen.

Richtung: Lübeck—Kücknig		Richtung: Kücknig—Lübeck	
ab Hansatheater	11.00 Uhr	ab Kücknig	11.40 Uhr
ab Stadttheater	11.07	Forsthalde 9.25	10.15 11.54
ab Geibelplatz	9.57 11.10	Kirchhof 9.36	10.26 12.05*
ab Kirchhof	10.04 11.17	Geibelplatz	10.33
ab Forsthalde	10.15 11.25	Stadttheater	10.36
an Kücknig	11.40	an Hansatheater	10.43

* Hat beim Kirchhof Anschluß mit dem letzten Spätwagen 12 Uhr
 5 Minuten nach Kronsforder Allee.

Lübeck, den 10. Februar 1913. (1032)
 Die Betriebsverwaltung.

Einladung zur Feier des
 : 24. Stiftungs-Festes :
 der
**Lübecker Genossenschafts-
 Bäckerei** e. G. m. b. H.

bestehend in **Konzert, Vorträgen und Ball**
 unter gütiger Mitwirkung von Frau Tilly Schmidt,
 sowie der Herren **G. Brunow, J. Heydecker**
 und Kapellmeister **Weigert** (Mitglieder des hies. Stadttheaters)
am Montag, dem 24. Februar 1913
 im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße.
 Lokalöffnung 7 1/4 Uhr. (1058) Anfang 8 Uhr.
 Kartenpreis 70 Pfg.
 Hierzu ladet freundlichst ein
Der Aufsichtsrat und Vorstand.

Sei morgen Sonntag, d. 13. Februar hatstündchen

Grünfohl-Essen

Lade ich hiermit alle Freunde und Gönner ergebenst ein.
 Beginn 10 Uhr morgen. (1000)

Hans Ehlers, Untertrave 61.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, 11. Februar.

109. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Lisco.

Präsident Kämpf teilt die Verlobung der Prinzessin Viktoria Luise von Preußen mit dem Prinzen Ernst August von Cumberland mit, und bittet um die Ermächtigung, dem Kaiser und der Kaiserin dazu die Glückwünsche des Reichstages aussprechen zu dürfen. (Die bürgerlichen Abgeordneten haben sich von den Plätzen erhoben.)

Kurze Anfrage.

Abg. Dr. Müller-Meinigen (Wp.) fragt: Ist der Reichstanzler bereit, über die letzten Vorgänge in Peking bezüglich des Zustandekommens der 6-Mächteanleihe Auskunft zu erteilen, insbesondere über die Verteilung der Beratungskosten bei der Vergabung der Anleihe und deren Folgen.

Gesamrat Lehmann: Mit der chinesischen Regierung ist ein Vertrag über eine Anleihe von 25 Millionen Pfund Sterling für Reorganisationszwecke zustande gekommen. Zu ausländischen Beratern sind ein Däne, ein Italiener und ein Deutscher vorgeschlagen. Es sind, da mehrere Staaten unberücksichtigt bleiben würden, Verhandlungen eingeleitet worden, in welcher Weise die Beraterposten unter die beteiligten Mächte zu verteilen wären. Deutschland nimmt dabei einen Posten für sich in Anspruch. Die Einwendungen gegen den ursprünglichen chinesischen Vorschlag richten sich übrigens in keiner Weise gegen die Persönlichkeit des Deutschen.

Abstimmungen

Über einige zurückgestellte Resolutionen und Anträge. Die sozialdemokratische Resolution, die den Reichstanzler auffordert, dahin zu wirken, daß in derselben Weise wie für die großen Städte die Einfuhr von frischem Fleisch und Schlachtvieh in allen Gemeinden zugelassen wird, in denen die erforderlichen Schutzrichtungen gegen Verbreitung der Viehseuchen vorhanden sind, wird in namentlicher Abstimmung mit 173 gegen 162 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Für die Resolution stimmen die Sozialdemokraten und die Volkspartei.

Die Resolution der Volkspartei auf Errichtung eines Instituts für die wissenschaftliche Erforschung der Milchwirtschaft wird mit den Stimmen der Volkspartei, Sozialdemokraten und Polen angenommen.

Über die sozialdemokratische Resolution auf Regelung des Krankenpflegewesens muß die Abstimmung durch Himmelführung erfolgen, da das Bureau über das Referat zunächst zweifelhaft ist. Die Resolution wird mit 190 gegen 118 Stimmen abgelehnt.

Die Resolution der Polen auf Untersuchung der gesundheitlichen Verhältnisse der Bergarbeiter in Oberschlesien und die der Sozialdemokraten, die diese Untersuchung auf alle Bergwerke ausdehnen will, werden angenommen.

Etat des Reichsjustizamts.

3. Tag.

Abg. Lisch (Wp.): Den Vorwürfen der äußersten Linken gegen unsere Richter müssen wir entgegenzutreten. Ganze Stöße von Urteilen liefern den Beweis, daß unsere Richter sehr wohl bestrebt sind und es auch verstehen, sich in die soziale Lage der Angeklagten speziell sozialdemokratischer Angellager, hineinzufinden. — Der Resolution Belzer auf Einführung des Zwangsvergleichs außerhalb des Konkurses stimme ich zu; ein solches Gesetz würde eine wesentliche Verbesserung unseres Kreditwesens herbeiführen. — Dringend notwendig wäre die gesetzliche Regelung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Notwendig wäre auch eine großzügige Reform des Strafprozesses. Sehr wünschenswert ist eine Erhöhung der Gebühren der Rechtsanwälte.

Abg. Dr. Dertel (K.): Wir werden einen 6. Reichsanwalt bewilligen, wie es auch die Sozialdemokraten in der

Kommission getan haben. Es ist merkwürdig, daß sie ihre Vertreter in der Kommission hier desavouieren. Mein Parteifreund Holtzke hat lediglich zur Erwägung empfohlen die Prügelstrafe einzuführen, und ich schloß mich ihm an. Ein Zusammenwirken von Presse und Kriminalbehörden ist gewiß erstrebenswert und notwendig; aber ein Teil der Presse verheimlicht geradezu den Verbrecher, steigt in sein Seelenleben hinab und macht ihn zu einem Heiden. Der halbe Ausschluß der Öffentlichkeit, bei der man die Presse zuläßt, sollte doch sehr beschränkt angewendet werden. Der Staatssekretär hat ja keinen direkten Einfluß darauf, aber einen indirekten, wenn er mit diesem und jenem spricht. (Hört, hört! links.) Die Gerichtsberichterstattung mit ihrer sensationellen Aufmachung ist ein direkter Unfug. Leider treiben auch führende Weltblätter bürgerlicher Richtung diesen Unfug, Blätter, die aus der Parteilosigkeit ein Geschäft machen. (Sehr richtig!) Den Kampf gegen die Schundliteratur, gegen den Schmutz in Wort und Bild haben wir seit langem geführt. Es ist schon besser geworden. Wer unsittliche Sachen verfaßt, kann von dem Empfänger wegen Beleidigung verklagt werden. Davon sollte mehr Gebrauch gemacht werden. Leider erfolgen immer noch Freisprechungen auf diesem Gebiet, die ich absolut nicht verstehe. Hier genügen die bestehenden Gesetze nur dazu, um die gemeinsten Joten von der Jugend fernzuhalten, aber sie reichen nicht aus, um Erzeugnisse schlüpfrigen Inhalts zu verfolgen, die sich mit dem Mantel der Wissenschaft und Kunst umgeben. Diese Art der Wissenschaft und Scheinkunst vergiftet das Volk. Deshalb begrüßen wir das in Aussicht gestellte Gesetz, die edle Kunst hat dabei nichts zu befürchten. Redner bespricht die Passivfrage und fordert für den Dichter das Recht, zu verhindern, daß 30 Jahre nach seinem Tode sein Werk von jedem aufgeführt werden darf. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Müller-Meinigen (Wp.): Hoffentlich tritt Herr Dr. Dertel in Zukunft mit seinen Freunden auch für die Öffentlichkeit im Militärgerichtsverfahren ein. Um den Schmutz in Wort und Bild zu bekämpfen, muß vor allem größere Selbstsicht in den sogenannten besseren Kreisen gefordert werden. Zu einem Prozeß in Wien konnte sich der Angetragte darauf berufen, daß er seine Abnehmer vor allem in den Kreisen der Geistesfreiheit und des Hochadels hatte. (Hört, hört!) Die Hauptschwierigkeit liegt in der Abgrenzung der wirklichen Kunst. Was uns die Einigung so sehr erschwert, sind die Erzeugnisse der preussischen Verwaltung, z. B. das Verbot der „Weber“ von Hauptmann. — Dem neuzulassenden Reichsanwalt stimme ich zu; es ist bedauerlich, daß dabei von Zentrum und Sozialdemokratie politische Momente hineingetragen werden. — Ein unhaltbarer Zustand ist auch, daß Schriftsteller wie Hyam, vor Gericht freigesprochen werden, und daß trotzdem das betreffende Buch überall beschlagnahmt wird, weil irgend ein Kolporteur bestraft worden ist. (Sehr richtig!) Mit dem Wust geradezu unsinniger Polizeiverordnung müßte endlich aufgeräumt werden. Die Strafrecht muß eingeschränkt werden, besonders gegen Jugendliche. Der Ausdruck „Klassenjustiz“ ist recht häßlich. (Abg. Heine [Soz.]: Die Tatsache ist noch häßlicher!) Die Herren sagen mir, es handelt sich nicht um bewußte Rechtsbeugung. Bei 99 % Ihrer Anhänger erweckt aber Ihre Presse die Meinung, als ob das Recht bewußt gebeugt werde. Gewiß sind die Richter von den Anschauungen ihres Milieus abhängig. Sie gehen aber vielfach aus einem geringeren sozialen Milieu hervor als ein erheblicher Teil ihrer scharfen Kritiker. Sie behaupten mit dem Vorwurf der Klassenjustiz, daß die Richter aus von ihnen selbst genährten Vorurteilen das Recht falsch anwenden, und das ist falsch. (Abg. Heine: Nein!) Auch das ist falsch, was der Abg. Landsberg gestern gesagt hat, daß die Reichsgerichte, um zugelassen zu werden, ein Vermögen nachweisen müssen. In Preußen ist dergleichen ja in den letzten Jahren Praxis geworden. (Abg. Heine: Seit 25 Jahren!) Wir haben diese plutokratischen Annäherungen stets bekämpft, sie zu verallgemeinern, ist aber sicherlich unrichtig. Unsere Gerichte sind ungünstig bemittelt, jeden Verdacht der Parteilichkeit zu vermeiden. (Abg. Heine: Wollen Sie das ganz allgemein behaupten?) Nein, in einzelnen Fällen werden schwere Fehler

gemacht; aber wo kommt das nicht vor? Haben Sie schon ein Gericht gefunden, das einen Mann verurteilen würde wegen einer Schrift, von der die Richter selbst keine Kenntnis genommen haben, oder wo eine Substantivierung der Anklage nicht vorhanden war, wie es der Parteitag der Sozialdemokratie in Chemnitz mit Hildebrand gemacht hat. (Sehr gut! bei der Wp.) Der Abg. Heine hat ja gegen die Verurteilung Hildebrands Front gemacht und anerkannt, daß dadurch Ihre eigene Stellung bei der Kritik der Gerichte sehr geschädigt worden ist. Ich gebe Heine darin recht, daß nichts gefährlicher ist, als die sogenannten politischen Urteilsgründe. Das Amtsgericht in Lemgo hat gegenüber dem Kollegen Neumann-Hofer darin ganz Unglaubliches geleistet, aber die Staatskommer hat das Recht wieder hergestellt. Im Fall Hildebrand vermisse ich eine solche Wiederherstellung des Rechtes. (Sehr gut! bei der Wp.) Es macht sicherlich einen schlechten Eindruck, wenn die Staatsanwaltschaft im öffentlichen Interesse Anklage erhebt bei einer Beleidigung gegen Konfessionäre zu tun. Gegen die Eintragung des Bundes der Landwirte in das Vereinsregister haben wir gar nichts. Wir werden die liberalen Vereine aber jetzt auffordern, sich auch eintragen zu lassen, und dann werden wir ja sehen, ob sie auf ebenso viel Objektivität stoßen werden. In der Sache des Ärztevereins bleibt es dabei, daß ein unerhörter Eingriff der Verwaltung in der Justiz in dem Erlaß des Herrn v. Dallwitz liegt. (Sehr richtig!) Wenn der Minister in dem Erlaß sagt, er wolle Bericht haben, wenn die Landgerichte nicht im Sinne seines Erlasses handeln sollten, so hört man dabei ordentlich den bürokratischen Revolver knallen. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Wenn der preussische Minister keinen Sinn dafür hat, die Unabhängigkeit der Richter zu wahren, so muß das Parlament es tun. (Bravo! links.)

Staatssekretär Dr. Lisco: Für die Unabhängigkeit der Richter werde ich stets eintreten, bleibe aber dabei, daß im Falle des preussischen Erlasses ein Eingriff in diese Unabhängigkeit nicht vorliegt. Der Minister hat sich lediglich auf Anregungen beschränkt, wie sie jedem Staatsbürger zustehen. Die Klagen über Einziehung von Büchern, wie im Falle Hyam, sind nicht ganz unberechtigt, insofern, als nach der heutigen Gesetzgebung der Beteiligte nicht gehört zu werden braucht. Eine Änderung war in der hier leider nicht zur Beratschlagung gelangten Novelle zur St.-P.-O. vorgeschlagen. Eine weitere Erhöhung der Revisionssumme für Zivilprozesse ist in Aussicht genommen. Dagegen wird eine Erhöhung der Zahl der Reichsgerichtsmitglieder bei der Revision der Zivilprozessordnung verlangt werden. Den Vorwurf des Abg. v. Traumpzinski, das Reichsjustizamt hätte seine Pflicht vernachlässigt, die ihm auf Grund des Artikels 17 der Verfassung auferlegt ist, auf Wahrung der Reichsgesetze durch die Landesgesetzgebung zu achten, weise ich entschieden zurück.

Heine (Soz.): Die Debatte hat so außerordentlich viel hochinteressante Fragen aufgeworfen, daß ich bedauere, der vorgerückten Zeit wegen nicht auf alle eingehen zu können. Ich will das wichtigste herausgreifen. In bezug auf die Stellung meiner Fraktion zur Frage des 6. Reichsanwalts meinte Herr Dertel boshaft, die Fraktion habe die Stellung hervorragender Vertreter der Partei in der Kommission desavouiert (Abg. Dertel: Nicht boshaft!) Sie werden nicht denken, daß ich so naiv wäre, anzunehmen, irgend etwas, was Sie in dieser Beziehung über mich sagen, wäre nicht boshaft. (Abg. Dertel: Ich bitte mich zu schämen!) Dann will ich wenigstens boshaft sein. (Vizepräsident Dove: Das ist zulässig! [Heiterkeit.]) Die vorläufige Stellungnahme von Fraktionsmitgliedern in der Kommission wird nachher oft von der Fraktion nicht geteilt; was in der Kommission geschieht, geschieht immer nur vorbehaltlich. Herrn Dertel will ich nur daran erinnern, was wir vor wenigen Tagen hier in dieser Saale erlebt haben, wo er selber, nachdem er mit dem ganzen Gewicht seiner Persönlichkeit Äußerungen getan hatte, sich hier hinstellte und wie der alte Wrangel sagte: Ich dementiere mir! (Heiterkeit.) Da werden

Hafenstürme.

Roman von W. W. Jacobs.

(7. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Es interessiert mich wenig, was die Thiebens tun,“ brummte der Kapitän.

„Mich sicherlich auch nicht,“ verteidigte sich seine Schwester. Kapitän Schumann ah schweigend weiter. Sein Haß gegen Thiebens hatte sich durch die Erfolge, welche dieser Herr in seiner Laufbahn davongetragen hatte, nicht verringert, und auch dadurch, daß Thiebens junior so gut geraten war, hatte sich nichts verbessert. Er reichte seine Tasse zur nachmaligen Füllung hin und fragte sich mit einem verhöhlenden Blick nach der Photographie auf dem Eckbort, was wohl aus seinem eigenen Sohn geworden sein mochte.

„Ich glaube nicht, daß ich ihn wiedererkennen würde, wenn ich ihn sähe,“ fuhr Frau König fort, gewissermaßen einen ehrwürdigen alten Armstuhls anredend, „er wird sich in Hamburg sicher verändert haben.“

„Ist das Brumentresse?“ fragte der Kapitän, von seinem Keller aufsehend.

„Ja, weshalb?“ erwiderte Frau König.

„Ich wollte es nur wissen,“ gab ihr Bruder zurück, während er den fraglichen Salat in die Spüllumme tat.

Frau König versuchte mit ergebungsvollem Gesichtsausdruck einen Blick aus den Augen ihrer Nichte zu erhaschen, und erhaschte indessen einen solchen vom Kapitän. Als Fräulein Schumann zufällig aufstah, bemerkte sie, daß ihre Tante vollkommen von dem Basististenblick des Hausherrn gebannt war.

„Bitte, noch etwas Tee,“ sagte sie.

Die Tante nahm die Tasse und tat ihr aus Dank für die Ableitung das größte Stück Zucker aus der Dose hinein.

„Hamburg ändert so viele Menschen,“ meinte die beharrliche Dame nachdenklich, und rührte ihren Tee um. „Das habe ich schon früher bemerkt. Warum, das kann ich nicht sagen, aber die Tatsache bleibt bestehen. Es scheint ihnen allen zum Vorteil zu gereichen. Ich glaube wohl, daß der junge Thiebens —“

„Wißt Du Dir, bitte merken, daß ich von den Thiebens in meinem Hause nichts hören will?“ rief der Kapitän. „Ich interessiere mich nicht für ihre Geschäfte und will auch nicht haben, daß hier darüber gesprochen wird.“

„Wie Du wünschst, Johann,“ entgegnete die Schwester, und richtete sich steif auf, „es ist Dein Haus und Du bist hier der Herr. Ich habe sicher kein Verlangen, von diesen Leuten

zu reden, nichts lag meinen Gedanken ferner. Hast Du verstanden, was Dein Vater sagt, Käthe?“

„Vollkommen,“ meinte Fräulein Schumann. „Wenn der Wunsch, über die Thiebens zu plaudern, unwiderstehlich wird, müssen wir fortgehen und einen Spaziergang machen.“

Der Kapitän wandte sich in seinem Stuhl um und sah seine Tochter fest an. Sie begegnete seinem Blick mit ruhigem Ausdruck.

„Ich wollte, Du wärest ein Junge,“ brummte der Kapitän.

„Du bist der einzige Mann in Wellhafen, der das wünscht,“ meinte Fräulein Schumann vergnügt, „und ich glaube auch nicht, daß Du es im Ernst meinst. Wenn Du ein bißchen näher kommen willst, werde ich meinen Kopf an Deine Schulter legen und Dich befehlen!“

„Käthe!“ mahnte Frau König vorwurfsvoll. „Und, da wir gerade von Köpfen reden,“ fuhr Fräulein Schumann fort, „fällt mir dabei ein, daß ich einen neuen Hut brauche. Du brauchst nicht solch ein Gesicht zu machen — hübsche Töchter sind immer teuer!“

Sie rückte ihren Stuhl einige Zoll in der Richtung auf ihn zu und lächelte verführerisch. Der Kapitän wandte sich unbehaglich ab; die Klugheit riet zur Flucht, aber die väterliche Würde verbot das. Er sah Frau König fest an, und ein Lächeln geheimer Befriedigung im Antlitz dieser Dame erblagte und wandelte sich langsam und natürlich in einen anderen Ausdruck. Der Stuhl kam näher.

„Sei nicht albern,“ sagte der Kapitän mürrisch. Immer näher kam der Stuhl, bis er zuletzt den seinen berührte und dann ließ Fräulein Schumann ihren Kopf mit einem Seufzer übertriebener Zufriedenheit grazios an seine Schulter sinken.

„Die bequemste Schulter in Wellhafen,“ murmelte sie, „komm und lehne Dich an die andere, Tante, vielleicht bekommst Du dafür eine neue Haube.“

Frau König beiseite sich, ihren Bruder zu beruhigen. Es wäre ihr wohl eher der Gedanke gekommen, ihr Haupt auf den Tisch zu legen. Gleichzeitig war es aber offensichtlich, daß sie kein Unbehagen mit gleicher Freude mit anfang und gespannt die weitere Entwicklung der Dinge abwartete.

„Wenn Du dieses kindlichen Benehmens müde bist, mein Fräulein —“ meinte der Kapitän kalt.

Es entstand eine Pause. „Käthe,“ mahnte Frau König wieder im Tone milden Vorwurfs, „wie kannst Du nur!“

„Na gut,“ sagte der Kapitän, „wir wollen mal sehen, wer zuerst müde wird. Ich habe keine Eile.“ Ein zartes, aber unverkennbares Schnarren klang als Antwort von seiner Schulter herauf.

Sechstes Kapitel.

In den ersten Tagen nach seiner Rückkehr war Wellhafen voll von Überraschungen für Ernst Thiebens. Die Stadt selbst hatte sich nur wenig verändert, und die älteren Einwohner waren meistens leicht wieder zu erkennen, aber unter den jüngeren Mitgliedern der Bevölkerung hatte die Zeit Wunder gewirkt: Keine Jungen waren zu häßlicher Männlichkeit herangereift und keine Mädchen waren zu wohlgewachsenen jungen Damen geworden und hatten in einigen Fällen sogar ihre Namen verändert.

Das Erstaunlichste und Erfreulichste der durch die Zeit bewirkten Wunder war mit Fräulein Schumann geschehen. Thiebens sah sie zuerst am Fenster und da er rasch erkannte, welches Entzücken sie ihm schon aus der Entfernung bot, nahm er die erste passende Gelegenheit zu näherer Beobachtung wahr. Er fand, daß die Nähe sein Entzücken nicht verringerte. Diese zweite Gelegenheit führte ihn unwiderstehlich in ein Manufakturwarengeschäft, in welchem ein prächtiger Geschäftsführer, nachdem er ihm einen hohen Rohrstuhl zu rechtgestellt hatte, seinen Wunsch nach Stednadeln in tiefem und durchdringendem Bariton weitergab und sich dann in guter Ordnung zurückzog.

Nach Verlauf einer Woche hatte Ernst seine Beobachtungen vollendet, und nunmehr ließ ihm Käthe Schumann, jetzt in seinen Gedanken der Inbegriff aller weiblicher Grazie und Schönheit, nur wenig Zeit, an andere Sachen zu denken. Am zweiten Sonntag nach seiner Rückkehr ging er zur großen Überraschung seines Vaters zur Kirche und nachdem er Fräulein Schumanns Haar hinten anderthalb Stunden betrachtet hatte, kam er nach Hause und sprach mit edler Verehrtheit von „vergrabenen Kriegsbeilen,“ „verheilten, alten Narben,“ „daß man Vergangenes vergangen lassen solle“ und ähnlich gearteten Dingen.

„Ich selbst achte nie so sehr auf die Predigten,“ meinte der ihn mißverstehende Kapitän.

„Predigt?“ erwiderte sein Sohn. „Ich habe gar nicht an die Predigt gedacht, aber ich habe Kapitän Schumann gesehen und erinnerte mich an den dummen Streit mit ihm und Dir. Es ist doch albern, daß das bis ins Unendliche so fortgehen soll.“

„Warum, was macht das?“ fragte der andere mit großen Augen. „Warum nicht? — Vielleicht hat Dich die Musik gerührt — einige dieser alten Gesänge —“

„Es war weder die Predigt, noch der Gesang,“ meinte sein Sohn geringschätzig, „ich spreche nur vom vernünftigen Standpunkte. Mir scheint, daß die Freundschaft zwischen Euch lange genug gedauert hat.“

Wir doch noch Aeußerungen von Kommissionsmitgliedern demontieren können. Die Gründe, die wir gegen den 6. Reichsanwalt haben, sind nicht dieselben, die das Zentrum hat. Wir lassen uns durchaus nicht ins Schlepptau nehmen. Was das Zentrum mit dieser Ablehnung will, wissen wir genau, es will sich an den Staatssekretär Dr. Visco reiben wegen seines scharfen Angriffes auf Herrn Gröber anlässlich der Jesuitengeschichte des Herrn Nieberding. (Lachen im Zentrum.) Das ist unsere Meinung! (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Aufregung des Herrn Dr. Visco habe ich ja damals auch nicht verstanden. Wir haben doch alle Herrn Dr. Nieberding gekannt und wissen doch, daß er ultramontan war; das B. G. B. zeigt an den verschiedenen Stellen Spuren von der Nachgiebigkeit des damaligen Reichsjustizamtes gegen diese Politik und diese Weltanschauung, die jenseits der Alpen in einer römischen Kirche ihre Basis hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich wünschte, der jetzige Herr Staatssekretär würde dieser geistigen Richtung, dieser Partei gegenüber, etwas mehr Kraft und Energie und etwas mehr Ablehnung zeigen. Also wir haben ganz andere Gründe als das Zentrum. Es ist in der Tat eine Demonstration, wie Herr Schiffer meinte, wenn wir dagegen sind. Gewiß wird wegen des Fehlens des 6. Reichsanwalts nicht eine Auflage weniger erhoben werden, aber wir haben nicht die Möglichkeit, der Reichsanwaltschaft in irgend einer Weise entgegenzukommen nach den Erfahrungen, die wir mit ihr gemacht haben. Die Schuld ist noch nicht verjährt, die die Reichsanwaltschaft auf sich geladen hat im Prozeß gegen unsern Kollegen und meinen Freund Dr. Liebknecht, als Herr Ohlshausen sich hinstellte und gegen diesen Mann, der nichts getan hat, als ehrlich seiner Ueberzeugung Ausdruck zu geben, eine Justizstrafe beantragte. Herr Ohlshausen hat damals die Bestimmung des St. G. B., daß bei solchen politischen Prozeßen, wo Justizhaus neben Festungsstrafe angedroht ist, auf Justizhaus erkannt werden soll, wenn die Tat aus ehrlicher Gesinnung heraus begangen ist, so ausgelegt, als ob eine republikanische und eine antimilitärische Gesinnung immer eine ehrliche wäre. Er hat damit das Reichsstrafgesetzbuch verdreht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nachdem das Reichsgericht das abgelehnt hatte, hat zwar nicht mehr er, aber die Reichsanwaltschaft zum zweiten Male im Ehrengerichtsprozeß gegen Herrn Kollegen Dr. Liebknecht denselben Versuch gemacht, eine politische Ueberzeugung zu insamieren. Wir wissen, Herr Ohlshausen ist ein Jurist von solcher Bedeutung und solchem Scharfsinn, daß wir nicht glauben, er habe selber an eine solche unmaßliche Auslegung des Reichsstrafgesetzbuches geglaubt. Wir wissen, daß das eine Verbeugung vor anderen Kreisen gewesen ist, vor denen, die den ganzen Prozeß damals eingeleitet haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Solange die Reichsanwaltschaft diese Schuld nicht gesteht, daß sie sich zum Instrument einer politischen Gehässigkeit und Ehrabschneiderei gemacht hat, mag sie sich ihr Brot von jenen Kreisen erbitten, wir werfen ihr keinen Brocken hin. (Bravo! bei den Soz.) Was hier vorgeschlagen wird über eine Forderung des Gesetzes über das geistige Eigentum, geht nach meiner Meinung nicht an. Ich kann in dieser Sache nur meine persönliche Meinung sagen, da meine Funktion darüber nicht beruht. Es handelt sich dabei ja auch um eine Sache, die hoch über allen Parteien steht, Wagners Kunst ist nicht mehr Sache einer einzelnen Partei, sondern Sache deutscher Kultur. Ich persönlich würde nichts dagegen haben, wenn das Deutsche Reich sich auch darauf besänne, daß es auch Kulturpflichten hat und eine Stiftung machte, um die müßergültige Aufzucht eines solchen Wertes zu unterstützen, wie es früher König Ludwig von Bayern getan hat. Ich würde mich vor einem solchen ersten Schritt selbst denn nicht scheuen, wenn ich würde, daß als zweiter für dies öffentliche Stipendium dann Major Lawitz in Betracht käme. (Heiterkeit.) Wir wissen, daß der Geschmack bei den Mächtigen immer nicht allzu stark entwickelt gewesen ist. Aber hier handelt es sich darum, eine Sache, die nicht mehr Sache der Mächtigen, sondern Sache des ganzen Volkes wäre, zu unterstützen, und wenn Herr Dertel bereit wäre, eine Million vom Kulturstat zu streichen und für einen neu zu schaffenden Kulturstat zu bewilligen, so wäre ich für meine Person auf der Stelle dafür. Was Herr Dertel über die Sensationspresse gesagt hat, waren Gemeinplätze. Es war gewiß alles sehr richtig. Aber dieselbe Presse, auf die er mit berechtigter Entrüstung hingewiesen hat, ist es auch, die die eigentlich dognatische Politik vertritt, nicht aus Ueberzeugung, sondern aus Servilismus und Sensationsmache. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Presse, die mit Begeisterung schillert, wie sich das Volk auf der Straße raust, wenn Se. Majestät einen Zigarrenstummel wegwirft. (Heiterkeit.) Herr Dertel sprach von dem Pöbel, welcher an diesen Sensationsberichten über nichtswürdige Verbrechen Gefallen findet. Ja, das ist Pöbel. Aber, verzeiht Herr Kollege, wenn dieser selbe Pöbel — das ist nämlich derselbe — schreit: Köpfe, prügelt, schießt mit Kartätschen! dann werden Sie sagen: Das ist die wahre Stimme des Volkes! (Sehr gut! bei den Soz.) Ich habe große Bedenken

gegen jeden weiteren Versuch, geschleiberisch gegen die unsittliche, die Schundliteratur, vorzugehen. Wir wollen sicher nicht die Schundliteratur fördern, aber wir haben da doch unsere Erfahrungen. Was Herr Dertel vortrug, war alles richtig, aber diese Allgemeinheiten helfen uns nicht eine Spur weiter. Es kommt immer auf die Anwendung der Bestimmungen an, die darüber gegeben werden. Herr Dertel sagte, das Schlimme bei solcher Literatur wäre, daß sie in die Hände unreifer Menschen fallen könnte. Ja, das ist schlimm, aber das ist auch bei jeder guten Literatur möglich, also aus dieser Gefahr, daß junge Menschen etwas für sie Unverständliches, Unpassendes in die Hände bekommen können, können wir das Kriterium nicht hernehmen, denn dann müßten wir auch unsere ernsteste und tiefste Literatur an den Pranger stellen. Und wir fürchten eben, daß das geschehen werde. Wir scheuen das Feuer, weil wir gebrannt sind. Wir wissen ja doch, wie eine gänzlich unwissende Staatsanwaltschaftsbehörde gegen die ernstesten, gediegensten literarischen und künstlerischen Werke vorgegangen ist. Hierin liegt auch der Grund, weshalb die Sachverständigen nicht zu entbehren sind. Ja, wenn alle Richter und Staatsanwälte etwas von Wissenschaft, Literatur und Kunst verstünden, dann könnte man die Sachverständigen entbehren. (Sehr gut! bei den Soz.) Was verstehen Sie denn aber davon! Ich erinnere an folgenden typischen Fall. Es wird ein Bild als angeblich unsittlich angeklagt, ein wirklich ernstes, bedeutendes Werk, ein nacktes Weib. Jetzt deduziert der Staatsanwalt und ihm folgt das Gericht, so: in dem Bilde ist zwar nichts, das an sich erottisch wäre, aber die Absicht, unsittliche Empfindungen zu erregen, geht daraus hervor, daß die Brüste des Weibes gerade in der Mitte des Bildes sind. (Hört, hört! und Heiterkeit.) Was ist das für eine Ahnungslosigkeit von den Gesetzen der künstlerischen Komposition, die unter Umständen zwingt, wegen der Massenverteilung oder wegen der Linienführung die Sache gerade so zu machen und nicht anders. Und dieser Blödsinn ist aus den Akten der Staatsanwaltschaft in das gerichtliche Urteil übergegangen! Das beweist, daß man doch Sachverständige braucht, welche den Leuten erst einmal auseinanderlegen, was die Regeln der Kunst erfordern. Dann ist der Fall des Buches von Hans Hyan erwähnt worden. Es handelt sich um das Problem, wie es zu verhindern ist, daß ein Buch ohne Kenntnis des Verlegers und Verfassers im Ramisch nebenbei, ohne daß sie Gelegenheit hatten, sich zu verteidigen, plötzlich verurteilt ist. Das Buch von Hyan ist ein gebiegenes, ernstes, ein erschütterndes Buch von sozialpädagogischem Werte, wie wenige. Es ist übrigens im „Vorwärts“ als Zeitungsroman erschienen und war schon seit Jahren verbreitet, da begann der Feldzug des Polizeipräsidenten von Berlin gegen Herrn Paul Cassirer — Sie wissen weshalb. (Zuruf: Ja! Heiterkeit.) Cassirer gibt eine Zeitschrift „Pan“ heraus. Das Buch ist in einem Verlage erschienen, der „Pan-Verlag“ hieß, aber gar nichts mit Paul Cassirer zu tun hat. Da sagte sich bei der Staatsanwaltschaft jemand: Pan — Pan, das muß zusammengehören, und eröffnete sofort das Verfahren gegen Herrn Paul Cassirer, der mit dem Buche nichts zu tun hat. So praktiziert bei uns die Staatsanwaltschaft, und sie ist auch eine Justizbehörde. Das Verfahren endete mit vollkommener Freisprechung. Als sie erfolgt war, sagte der Staatsanwalt: Das macht mir garnichts, ich habe inzwischen das Buch in einem Prozeß gegen einen andern mitverurteilen lassen, und schrieb an das Gericht wörtlich: „Ich beantrage die vom Gericht freigegebenen Exemplare des Buches „Die Verführten“ mir zu übersenden, zwecks Vernichtung auf Grund des Urteils vom soundsawien.“ (Hört, hört!) Es wäre Pflicht der Staatsanwaltschaft gewesen, von dem andern Prozeß den Verleger zu benachrichtigen, auch wenn das Gesetz ihn nicht dazu zwingt, dann hätte der Verleger auch dort für Verteidigung gesorgt, und es wäre auch dort Freisprechung erfolgt. Die Beschlagnahme trotz der Freisprechung ist wie das Reichsgericht sagt, ein „unerwünschtes Ergebnis“. Meine Freunde und alle gebildeten Leute werden sagen: Das ist Unsinn. (Sehr gut!) Die Sache hatte aber doch ein Nachspiel. Es wurde nämlich auch eine neue Auflage dieses Buches auf Grund jenes Urteils beschlagnahmt. Das steht im Widerspruch mit dem Gesetz. Seit 20 Jahren stellt nach der Judikatur jede neue Auflage eines Buches eine neue Tat dar. Wenn ich ein verurteiltes Buch in neuer Auflage erscheinen lasse, kann ich deshalb von neuem angeklagt werden. Das ist gewiß bedauerlich. Nun soll aber auf einmal die Verurteilung einer neuen Auflage nicht mehr eine neue Tat sein. Das ist eine schlanke Geschwindigkeit, und die Richter haben diese Geschwindigkeit gebilligt. Hier ist dringende Abhilfe notwendig, wie auf vielen Gebieten unseres Presserechts. Vor 10 Jahren habe ich diese Notwendigkeit schon betont. So wie ich unsere Reichspolitik beurteile, möchte ich allerdings beinahe sagen, es ist gut, daß wir kein neues Presserecht inzwischen bekommen haben, denn es würde höchst wahrscheinlich nur verfaßelt worden sein. (Sehr wahr! bei den Soz.) Eine andere sozialpolitisch wichtige Frage muß ich erwähnen. Beim Berggewerbebericht in Dortmund ist ein neues Statut erlassen, wonach die Arbeiter ihr Wahlrecht für die Beisitzer zu den Gewerbegerichten nur an dem Ort auszuüben haben, wo sie in Beschäftigung stehen, während nach dem Gesetz auch der Wohnort in Frage kommt; außerdem sollen sie die Beisitzer aus ihrer Mitte wählen, also aus den auf der Zehne Beschäftigten. Wird ein solcher Beisitzer abgelehnt, so hat er auch die Befähigung zum Amt des Beisitzers verloren. (Hört, hört! bei den Soz.) Wenn der Arbeitgeber selbst verklagt ist, so kann er einfach den Richter aus seinen Diensten entlassen, und wird ihn auf diese Weise auch als Richter los. Der Handelsminister in Preußen hat diesem Statut zugestimmt mit der Begründung, die Gewerbeordnung schreibe nur ein Minimum vor für die Bestimmungen bei der Bekleidung des Amtes, man könne daneben noch schärfere Bestimmungen durch Statut festsetzen. Mit demselben Recht könnte der preussische Handelsminister in das Statut Kneinsetzungen, Sozialdemokraten oder Mitglieder des alten Bergarbeiterverbandes sind nicht wählbar. In Preußen ist in der Beziehung alles möglich, und bei den Grundbesitzern erst recht! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nun zu dem vielerörterten Gebiet der Klassenjustiz. Herr Müller-Reinigen hat das angezogen, was ich zum Fall Hildebrand gesagt habe. Was hat das aber mit den Richtern zu tun. Es war das ein rechtlicher taktischer Akt, das habe ich meinen Freunden gesagt und sage es noch. Aber das rechtfertigt doch nicht die Dinge, die hier von den Richtern erwähnt sind. Seit 13 Jahren wiederholt sich hier immer dasselbe Schauspiel, man kann sich noch so notwendig und respektvoll ausdrücken, kaum hat man gesprochen, so tritt die ganze Phalanx von rechts bis links, bis zu Herrn Müller-Reinigen, auf und protestiert gegen Verallgemeinerungen, und dann bringen die Herren selbst eine ganze Reihe solcher Dinge vor. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was haben denn Dr. Cohn und Landsberg übertrieben, was haben sie vorgebracht ohne allenartigen Nachweis. Was wir vorbringen, prüfen wir auch nach, und deshalb zerrinnen Vorwürfe gegen uns in nichts. Selbst die liberale Presse insinuieren wir brünnen nur Einzelheiten vor. Auf Einzelheiten beschränkt sich das Urteil an; würden wir sie nicht vorbringen, so würde es heißen, das sind allgemeine Behauptungen ohne Beweis. (Sehr richtig! bei den Soz.) Unsere Kritik richtet sich vor allem auch gegen die Staatsanwaltschaft, die legat das Überwachen der Klassenjustiz ist. Sie sagen, die Richter können nicht aus ihrer Haut heraus, sie können sich von den Einflüssen der Beziehungen und Anschauungen, die

sie in das Amt mitgebracht haben, nicht befreien. Mir scheint aber, daß manche Richter von dem Recht auf das dicke Fell doch einen sehr ausgiebigen Gebrauch machen. (Heiterkeit und Sehr gut!) Sie erklären die Sache wohl, aber damit ist sie doch nicht gerechtfertigt. Gerade Sie auf der rechten Seite begnügen sich doch auch sonst nicht mit historisch-ökonomisch-materialistischer Erklärung, sondern verlangen die Anlegung sittlicher Maßstäbe. Das dicke Fell entbindet doch nicht von der Pflicht, alle diese Vorfälle zu kritisieren und auf Abhilfe zu dringen, sonst müßte es auch dem Zuhälter und Geldhanknacker zugute kommen, die ja noch weniger aus ihrer Haut herauskönnen, als man es von einem höher gebildeten und unabhängigen Beamten verlangen muß. (Sehr gut! bei den Soz.) Herr Schiffer sagt, auch wir Sozialdemokraten würden Klassenjustiz treiben. Ich verbitte mir diese Insinuation. Gerade die Arbeiter bemühen sich sehr ernst, wo sie als Richter fungieren, dem Gegner gerecht zu werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir stehen mit unserer Kritik der Klassenjustiz ja auch nicht allein. Herr v. Grotthaus, also einer der Ihrigen, hat in seinem Buche über Klassenjustiz 100 Seiten mit bezüglichen Urteilen zusammengestellt. Gewiß gibt es Richter, die sich von solchen Fehlgriffen freihalten. Ich halte das nicht für ein besonderes Kennzeichen eines Richters, aber ich erkenne es dankbar an. Natürlich gibt es auch große Gebiete, in die die Klassenjustiz überhaupt nicht hineinkommt; wo aber die Interessen der aufstrebenden Klasse mit denen der herrschenden zusammenstoßen, werden die Richter vielfach durch die Unkenntnis der sozialen Verhältnisse und durch die Vorurteile, die sie aus ihrer Klassen- und Berufsstellung mitbringen, beeinflusst. Die politisch gestärkten Prozesse machen ja nur einen kleinen Bruchteil der Strafprozesse aus, aber gerade bei diesen Prozessen ist die Zahl der Fehlgriffe relativ sehr groß. (Lebh. Sehr richtig!) Schon 1907 brachte ich einen Fall aus Breslau vor, wo ein Arbeitersekretär auf Grund einer verfehlten Auslegung des § 153 der G.-O. zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt wurde, während bei genau demselben Tatbestand zunächst die Erhebung der Anklage abgelehnt wurde, und später von demselben Gericht Freispruch erfolgte. (Hört, hört! b. d. Soz.) Auch bei politischen Beleidigungsklagen wird mit zweierlei Maß gemessen. Herr Dr. Müller-Reinigen erwähnte das Urteil des Amtsgerichts in Lemgo, in bezug auf Neumann-Hofer; dergleichen kommt gegen uns alle Tage vor. Ich erinnere nur an den Artikel der „Post“, daß Richard Fischer sich an Maschinenlieferungen bereichert haben sollte. Als die Untersuchung die völlige Haltlosigkeit ergab, wurde das Verfahren eingestellt, weil nunmehr kein öffentliches Interesse vorlag. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wäre nicht der Verleumder, sondern der Sozialdemokrat bloßgestellt worden, so hätte sicher das öffentliche Interesse vorgelegen. Etwas Ähnliches habe ich beim letzten Wahlkampf in Dessau erlebt, wo unser Blatt auf ein beleidigendes Flugblatt des Reichsverbandes antwortete. Der Redakteur wurde verurteilt, die Direktoren des Reichsverbandes wurden freigesprochen. Ich hatte da den urkundlichen Beweis, daß nicht gleiches Recht für alle gilt. (Zuruf b. d. Soz.: Bewußte Rechtsbeugung!) Ich will auch den Prozeß gegen den Rechtsanwalt Levy in Eisen erwähnen, der nicht mein Parteigenosse ist, aber in einer Versammlung gesagt hatte, die Vorgänge bei den Streikprozessen, im Ruhrrevier erweckten den Anschein der Klassenjustiz. Als Verteidiger stellte ich unter Beweis, daß grundsätzlich die Einlassungspflicht auf 24 Stunden beschränkt wurde, daß die Angeklagten, die in Haft saßen, ein Schriftstück zur Unterzeichnung bekamen, wonach sie auf die Innehaltung der Ladungsfrist verzichteten, daß zufolge dieses Galopp ein Angeklagter sowohl von der Strafkammer wie vor dem Schöffengericht wegen derselben Sache angeklagt wurde, daß Strafen entgegen dem Gesetz verhängt wurden. Alles dies wurde von dem Gericht als wahr anerkannt. (Lebh. Hört, hört!) Trotzdem sprach das Gericht eine Verurteilung aus, und zwar mit Hilfe des beliebten dulus eventualis. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Mißstand mit diesem an sich gefundenen juristischen Begriff reicht von Jahr zu Jahr mehr ein — ich sagte schon, daß wir mit unserer Kritik nicht allein stehen. Ich kann auf den Oberlandesgerichtsdirektor Schindler in Hamburg verweisen, auf Äußerungen von Avenarius im „Kunstwart“, und auf die Ausführungen, die Kollege Feinze hier vor zwei oder drei Jahren gemacht hat, wobei er selbst sich nicht scheute, manches Urteil ein Monstrum der Rechtsprechung zu nennen. Alle diese Stimmen verurteilen die Verquickung von Rechtspflege und Politik. Bei dem Wiederaufnahmeprozess von Schröder und Genossen in Eisen geißelte der Staatsanwalt selbst das Hinübergehen von Prozessen aufs politische Gebiet. Das hat ihn nicht abgehalten, in dem Falle Levy selbst Auflage zu erheben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es wird nicht besser werden, ehe diese Verfolgungssucht, die besonders ein Charakteristikum der herrschenden Klassen in Preußen ist, einmal überwunden ist. Die politischen Gegner bringt man auf diese Weise nicht zu Falle, geistige Bewegungen unterdrückt man auf die Art nicht, man pflanzt nur Haß und Verachtung in die Seele der Gegner. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Abg. Schiffer wird als Oberverwaltungsgerichtspräsident ja wissen, in wie unerhörter Weise die Zeit des höchsten Verwaltungsgerichtshofes vergeudet werden muß wegen der kleinlichen politischen Verfolgung von Beamten. (Sehr richtig!) Die Bürokratie kann es nicht vertragen, wenn jemand sich selber hilft, sie will möglichst viele Leute unter amtliche Aufsicht stellen, ungefähr wie der Landrat von Wittgenstein gegen einen Lehrer, der ihn nicht stimmt genug gegreßt hatte, mit der Begründung vorging: Jeder Mann muß doch einen Vorgesetzten haben, und da mir kein anderer Vorgesetzter des Lehrers bekannt war, mußte ich annehmen, daß ich sein Vorgesetzter war. (Stürm. Heiterkeit.) Es ist ein jaumervoller Zustand, daß die Justiz sich vor dem Wagen dieser Bürokratie spannen läßt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es gibt nicht nur vereinzelte Fälle von entschuldlichen Irrtümern, sondern es ist ein ganzes System der Ungerechtigkeit, welches sich breit macht und auch dadurch nicht ausgelöscht wird, daß einzelne Richter sich von solchen Ungerechtigkeiten fernhalten. Dies System wird auch dann nicht gerechter, wenn man sagt: die Richter könnten nicht aus ihrer Haut heraus. (Sehr wahr! bei den Soz.) — Noch einige Worte zur geplanten Reorganisation des Strafgesetzbuches. Man hat gesagt: Die Regierung wolle sich nicht die Köpfe aus dem Kuchen nehmen lassen. So ist es auch. Der Vorentwurf zum neuen Strafgesetzbuch enthält wesentliche Fortschritte, daneben aber enthält er die reaktionärsten Bestimmungen, wie die Verschärfung des Nötigungsparagrafen, Bestimmungen, die die Ausübung des Koalitionsrechtes, jede politische Agitation fortwährend in Widerspruch mit dem Strafgesetzbuch bringen würden. Deshalb will sich die Regierung nicht die Köpfe aus dem Kuchen nehmen lassen, mit denen sie wie beim Reichsvereinsgesetz die ungeheuerlichen Rückschritte mundgerecht machen will. Was ich sagte, richtet sich nicht gegen den Staatssekretär persönlich. Er hat mein tiefstes Mitleid, wenn er den Entwurf, den er nicht gemacht hat, vernichten muß. — Hoffentlich braucht er es nicht mehr! (Heiterkeit.) Aber Sie können uns nicht übel nehmen, wenn wir diesem Justizwesen auf allen Gebieten, wo es sich um politische und sozialpolitische Verbrechen handelt, nichts anderes entgegenbringen, als das tiefste Mitleiden. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Ich sehe nicht ein, was das ausmacht,“ antwortet der Kapitän, „mir tut das nicht weiter weh. Schumann geht seinen Weg und ich gehe den meinen, aber wenn mir der Alte mal bequemer kommt, dann mag er sich in acht nehmen. Was ihm not tut, ist, daß er mal einen Dicker kriegt.“ „Stoße Wassertrichter!“ „Er ist so hoch wie Lucifer, und keine Tochter schlägt ganz nach ihm,“ erzählt der erste Kapitän. „Übrigens ist sie ein sehr hübsches Mädchen geworden. Wenn Du ihr das nächste Mal begegnest, sag sie Dir mal an.“ Sein Sohn hatte ihn an. „Ich sollte meinen, sie wird sich bald verheiraten,“ fuhr der andere fort, „der junge Seemann, der neue Arzt, scheint der Begünstigte zu sein. Schumann unterwirft ihn in seinen Werberungen, wie man sagt, ne, ich wünsche ihm viel Freude an seinem Schwiegermutter.“ „Erst Thiesens nahm keine Notice, ging in den Garten und lang, während er die kleinen Fische langsam auf und nieder führt, zu dem Entschlafenen Herrn Dr. Seemann um jeden Preis vor einem solchen Schwiegermutter zu bewahren und grübelte Schumann vor jedem Geizen, ausgenommen den kleinen eigenen Pöbel. Er legte sich unter einen alten Apfelbaum und verstaubte, im Zwielicht grübelnd, vergeblich auf Mittel und Wege zu kommen, um ihre Bekanntschaft zu machen.“ „Nächstens gingen sie als Fremde an einander vorüber, und die Schwiegermutter sah ihr zu, während die Aufgabe war noch unvollendet. In der zweiten Woche rechnete er zusammen, daß er sie zumalmal gesehen habe. Das war eine ganz zufriedenstellende Bekanntschaft, zu gleicher Zeit aber konnte er keine Augen der Tochter nicht verschließen, daß er einmal hieraus auch Herrn Dr. Seemann mit ihr gesehen hatte, und daß keiner von ihnen beiden ihn selbst bemerkt zu haben schien.“ „Was heißt Bekanntschaft, sag er im Konter und überdachte die Sache. Herr Doktor Koppens, sein Teilshaber, war gerade von Frankfurt zurückgekehrt und erzählte eine ganz wunderbare Sache an diesen Tage sein weißes Haar und seinen langen feinen gekrümmten Bart vor einem kleinen Spiegel. Herr Dr. Seemann beschrieb die Sache an ein Thiesens, der, in kleinen Stufen zurückgekehrt, an seinen Zehnhundert Tante und auf dem Wege war, das war ihm lang.“ (Achtung! bei den Soz.)

Präsident Dr. Kaempfer ruft den Redner wegen des im Anfang seiner Rede gegen die Reichsanwaltschaft erhobenen Vorwurfs, daß sie sich zum Instrument politischer Gehässigkeit und Schablonenerei gemacht habe, zur Ordnung.

Dr. Bell: Die Behauptung einer gemeinsamen Aktion von Zentrum und Sozialdemokratie bei der Ablehnung des Reichsanwaltschaft ist das Produkt überhitzter Journalistenphantasie. Wir haben das Recht verstimmt zu sein, aber unser Vorgehen richtet sich nicht gegen den Staatssekretär des Reichsjustizamtes, sondern gegen den Reichskanzler. Gegen diesen werden wir an anderer Stelle mit offenem Biss und blander Waffe den Kampf führen. (Hört, hört!) Im Gegenlag zum Vorredner behaupte ich, daß die Mehrzahl unserer Richter bei der Beurteilung des Schmutzes in Wort und Bild keine Heranziehung von Sachverständigen nötig hat. Redner geht des weiteren eingehend auf die Vorbildung der Juristen ein.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr. (Sozialdemokratischer Wahlrechtsantrag.) Schluß 7 Uhr.

Auf dem Wege zum Generalstreik.

Brüssel, den 7. Februar 1913.
Mit 107 gegen 85 Stimmen hat die belgische Abgeordnetenkammer, wie schon kurz berichtet, beschlossen, den Antrag der Arbeiterpartei, das Verfassungsrevisionsverfahren zum Zwecke der Einführung des gleichen Wahlrechts einzuleiten, nicht zur Diskussion zuzulassen. Nachdem die Regierung bereits vorher erklärt hatte, daß sie jedes Kompromiß (wie etwa die vom liberalen Führer Symans beantragte Einführung einer Studienkommission) prinzipiell ablehnt, steht es fest, daß der Wahlrechtsreform nunmehr alle parlamentarischen Wege verperrt sind. Wie von vornherein zu erwarten war, wird das Parlament nur durch den Druck parlamentarischer Mittel dazu zu bringen sein, dem Verlangen der Arbeiterschaft nach dem gleichen Wahlrecht Widerstand zu leisten. Die Abstimmung der Abgeordnetenkammer bedeutet also heillos keine Niederlage der Wahlrechtsreform, sondern nur eine Verschärfung des Kampfes. Sie hat den von der Arbeiterpartei angeordneten und vorbereiteten Generalstreik zur unausbleiblichen Gewissheit gemacht.

Sobald der Verlauf der heutigen Nachmittagsitzung der Abgeordnetenkammer erwies, daß jede Aussicht auf ein Nachgeben der Regierung oder auf eine Wendung zum Kompromiß in erster Stunde endgültig aufgegeben werden mußte, und daß die liberale Regierungsmajorität entschlossen war, wie ein Mann den von Sozialisten und Liberalen befürworteten Wahlrechtsantrag als indisputabel niederzustimmen, ergriff der sozialistische Abg. Denis zu einer kurzen Protestrede das Wort, die in den Ruf: Es lebe der Generalstreik! ausklang, in den sämtliche Fraktionsmitglieder der Arbeiterpartei einstimmten.

Genosse Vandervelde verlas sodann vor Eintritt in die Abstimmung im Namen der Fraktion die nachstehende Erklärung:

„Sie sind im Begriffe, zum siebenten Male seit zwanzig Jahren die Verfassungsrevision abzulehnen. Gleich an der Schwelle des parlamentarischen Verhandlungsverfahrens werden Sie einer Reform den Weg versperren, die dem elementarsten Gerechtigkeitsprinzip entspricht und die, wie es einer von Ihnen ausdrücklich anerkannt hat, ebensowohl von den Arbeitern der christlichen Gewerkschaften wie von den Sozialisten gefordert wird.“

Wir haben Sie gebeten, unserem Antrage wenigstens die Ehre einer Diskussion widerfahren zu lassen. Sie haben es nicht gewollt.

Andere Mitglieder dieser Kammer haben Sie beschworen, ihre vermittelnde Intervention nicht von der Hand zu weisen: Sie haben sie abgewiesen.

Denen, die Sie um Gerechtigkeit ersuchten, wie denen, die Sie um Beschäftigung haben, haben Sie die Staatsräson vorgehalten, den letzten Vorwand der Regierungen, die es nicht wagen, sich über den Klassen- und Parteigoismus zu erheben.

Die Debatte ist geschlossen. Wir kennen Ihre Ansichten. Sie kennen die unsrigen. Wir wehren uns. Wehren Sie sich!

Aber bevor wir zur Abstimmung schreiten, haben wir an die Arbeiter, unsere Auftraggeber, noch ein Wort zu richten.

Den Arbeitern gegenüber haben wir diese letzten Monate nur undankbare Aufgaben zu erfüllen gehabt. Wir haben sie in ihrem Glanz aufhalten, ihren berechtigten Zorn zurückdämmen müssen, wir mußten sie zur Ruhe mahnen, während man sie füllte, wir mußten unter den schwierigen Verhältnissen die größten Anstrengungen machen, ihnen Gehuld zu predigen, als ihre Delegierten die sofortige Erklärung des Generalstreiks forderten.

Wir haben das alles getan, um größeren Übeln aus dem Wege zu gehen, auf die Gefahr hin, der Unentschlossenheit und der Schwäche verdächtig zu werden, weil wir die Hoffnung nicht aufgeben wollten, daß der Streik vermieden werden möge, weil wir auf jeden Fall wünschten und noch wünschen, er möge ohne Blutvergießen verlaufen.

Mit diesen Hoffnungen ist es jetzt aus. Die Lage ist jetzt durchaus eindeutig und Sie mögen mir glauben, wenn ich erkläre, daß diejenigen unter uns, die den tiefsten und aufrichtigsten Wunsch hegten, den Streik zu vermeiden, nicht die am wenigsten Entschlossenen und die am wenigsten Tatkräftigen sein werden, an dem nahe bevorstehenden Tage, wo die Arbeiterorganisationen beschließen werden, zu zeigen, daß ihre Resolution keine leeren Worte sind.

Wir haben im Namen der Arbeiterschaft eine Verpflichtung auf uns genommen. Am Anfang dieser Session haben wir erklärt, daß es nicht unsere Gegner sein sollen, die durch die Ablehnung unseres Antrags das Signal zur Arbeitseinstellung geben werden.

Wir wollen Sie jetzt daran erinnern. Wir fordern die Arbeiterschaft auf, auf unser Wort zu hören, die Parole ihrer verantwortlichen Delegierten abzuwarten, und dafür zu sorgen, daß keine Gewalttätigkeiten oder partielle Streiks den Erfolg einer Bewegung gefährden, deren Siegesaussichten durch die Halsstarrigkeit und Unnachgiebigkeit ihrer Gegner nur erhöht werden.

Unser Antrag wird gleich abgelehnt werden, aber er wird bald wiederkehren. Gleich nach seiner Ablehnung werden wir mit mehr Siegeshoffnung und Begeisterung als je ausrufen: Es lebe die Verfassungsrevision! Es lebe das Wahlrecht!

Diese Erklärung, deren Text von der am Mittwoch abgehaltenen Sitzung des Großen Komitees (so nennt man die speziellen kombinierten Sitzungen des Parteivorstandes, der Gewerkschaftskommission und des Vorstandes des Genossenschaftsverbandes) einstimmig gebilligt worden war, ist abgegeben worden, um die Arbeiter gewisser Industriebezirke, von denen befürchtet wurde, daß sie gleich nach der Ablehnung der Wahlrechtsreform spontan in den Streik treten würden, von unüberlegten Schritten zurückzuhalten. Die Stimmung der Arbeiterschaft ist ebenso erbitert und zum Teil so aufgeregert, daß die größten Anstrengungen gemacht werden müssen, damit der Streik nicht eher als zu dem von den verantwortlichen Instanzen als günstig betrachteten Moment ausbricht.

Das es nunmehr keinen andern Ausweg mehr gibt, als die Anwendung des äußersten proletarischen Machtmittels, des politischen Massenstreiks, darüber gab es in

der Sitzung des Großen Komitees am Mittwoch nicht die geringste Meinungsverschiedenheit. Dort wurde auch die Festsetzung des Datums beraten, zu dem die Arbeiter, die längere Kündigungsfristen haben, ihren Arbeitsvertrag kündigen sollen, und das Resultat dieser Beratungen wurde nur deswegen noch nicht bekanntgemacht, damit die Alerikalen sich nicht auf diese „Drohung“ als auf einen Vorwand für ihre Halsstarrigkeit berufen können. Am nächsten Mittwoch wird jedoch das Große Komitee wieder zusammentreten, um in Bezug hierauf einen endgültigen Beschluß zu fassen. Schon jetzt aber steht fest, daß die Arbeiterpartei in der Wahlrechtsfrage keinen neuen parlamentarischen Vorstoß unternehmen und all ihre Kraft auf die letzten Maßregeln zur Organisierung des Generalstreiks konzentrieren wird, dessen Zeitpunkt nicht über April hinaus verschoben, möglicherweise aber auch früher angeht werden soll. Die belgische Arbeiterklasse wird den ihr zugeworfenen Fehdehandschuh nicht liegen lassen, dafür bürgt nicht nur ihre Vergangenheit, sondern auch die im Vergleich zu den früheren Wahlrechtskämpfen von 1893 und 1902 agitatorisch wie organisatorisch unendlich überlegene Weise, in der sie schon seit sieben Monaten zum Generalstreik rüft.

Aus der Partei.

Eine betrübende Nachricht kommt aus Wien. Dort ist gestern abend der Genosse Schumier, Mitglied des Reichsrats, des Landtages und des Wiener Gemeinderats, von Bubenhaid erschossen worden. Wir verzeichnen folgendes Privattelegramm des „Sbg. Corresp.“ aus Wien vom gestrigen Tage:

„Der sozialdemokratische Reichsratsabgeordnete Schumier wurde heute abend um 10 1/2 Uhr, als er aus einer Versammlung mit mehreren Genossen auf dem Nordbahnhof aus Stoderau ankam, beim Aussteigen aus dem Zuge von dem Eisendreher Paul Kunzhat erschossen. Wie verlautet, soll der Täter Rache an Schumier genommen haben, weil er durch die sozialdemokratische Organisation aus seiner Arbeitsstelle vertrieben wurde. (?) Der Täter ist verhaftet worden.“

Mit dem auf so jähe Weise ums Leben gebrachten Genossen scheidet einer der besten Redner und opferfreudigsten Genossen aus unserer Reihen. Mit der österreichischen Sozialdemokratie steht das internationale Proletariat trauernd an der Bahre des Mannes, dessen Leben von einem Mörder ein so plötzliches Ziel gesetzt wurde.

Ausschluß aus der Partei. Vom Bezirksvorstand in Frankfurt a. M. wurde der Modellschreiner Ludwig Kerner, geb. 28. 3. 1885 in München, zurzeit wohnhaft in Hamburg, aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen. Kerner hat im vorigen Jahre in Nied. a. M. neben anderen Manipulationen Parteigelder veruntreut. Der „Vorwärts“ hat bereits vor Monaten vor Kerner gewarnt.

Die Praxis der Schiffahrts-Gesellschaften.

Die Stadt Emden hatte sich erlaubt einzubilden, daß sie zusammen mit dem Fürstentum einen Auswandererschiffsdienst einrichten könne. Der Norddeutsche Lloyd und die Hamburg-Amerika-Linie hatten aber bessere Verbindungen mit der Regierung als eine ganze preussische Stadt, nicht Emden, sondern Lloyd und Hapag bekamen die Konzession. Sie haben, wie jetzt nach der Ausfertigung der Konzession bekannt wird, durchgesetzt, daß die Stadt Emden mit ihren Dampfern nur anzulaufen brauchen. Damit ist für die Stadt Emden von zwei deutschen Schiffsgesellschaften ein heimtückischer Krieg erklärt, der den Zweck verfolgt, Emden jede nur erdenkliche Schwierigkeit in den Weg zu legen, so weit es selbständiger Welthafen werden will!

Das ist nur ein Fall von Rücksichtslosigkeit und Machtmißbrauch der großen deutschen Schiffahrts-Gesellschaften, wir erleben jetzt aber verschiedene dieser Art. So haben jetzt die beiden Syndikate der nach Brasilien und nach La Plata fahrenden Dampferlinien auch den großen Speditoren den Vernichtungskampf angelegt. Die Speditorenfirmen erhalten von den Schiffsgesellschaften, denen sie Güter zuführen, eine Provision. Diese wird neben der eigentlichen Fracht, deren Höhe natürlich die Schiffsgesellschaften vorschreiben, den Verfrachtern in Rechnung gebracht. Die Speditorenfirmen rechnen ihren guten Kunden nur einen Teil der Provision an, das ist ihnen durch die beiden Reedereisyndikate jetzt einfach verboten worden, und zwar mit der Drohung, daß für die Zukunft allein schon das Angebot niedrigerer Frachtraten genügen würde, um dem Spediteur die von den Syndikatsreedereien gewährte Provision glatt zu entziehen! Und der Zweck der Uebung? Die Reedereien wollen mit den Verfrachtern selbst verkehren und müssen dazu natürlich erst den Speditoren den Hals umdrehen. Wenn streikende Arbeiter einen Nichtstreikenden in aller Ruhe darüber aufklären, welchen wirtschaftlichen Schädigungen er sich aussetzt, dann ist das natürlich rohester Terrorismus; wenn aber ganze Reedereisyndikate darauf ausgehen, große wirtschaftliche Unternehmungen umzubringen und dies dadurch einzeln, daß sie mit den schlimmsten wirtschaftlichen Folgen drohen, so ist das die harmloseste Gefühlsanregung.

Noch frecher ist der Kampf, der im nordatlantischen Pol vereinigten Schiffahrts-Gesellschaften, zu denen natürlich auch der Norddeutsche Lloyd und die Hamburg-Amerika Linie gehören, gegen Oesterreich. Seit einem Jahre laufen auf den österreichischen Eisenbahnen, soweit sie durch touristisch interessante Gebiete führen, moderne Salonausichtswagen, die der Canada-Pacific-Eisenbahn-Gesellschaft gehören. Möglichst hat man diese nördlichste amerikanische Eisenbahngesellschaft von Oesterreich die Konzession für eine Auswandererlinie erhalten, die in Triest ihren europäischen Stützpunkt findet. Die Schiffsgesellschaften dieser amerikanischen Eisenbahn haben ein regelmäßiges Auswandererzuzug großes Interesse, weil ihre Muttergesellschaft in Canada längs ihrer Eisenbahnlinien Riesennetzen Landes besitzt, die sie besiedeln will. Ob dieser Konzession fürmt es nun im besonderen auch beim Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie. Diese machen mit dem österreichischen Auswandererbetrieb dauernd ein glänzendes Geschäft. Außerdem schimpft aber auch die „Austro-Americana“ in Triest, die bisher fast ausschließlich die Auswandererbeförderung nach Amerika mit ihren Schiffen von Triest aus besorgt hat. Besonders interessant ist hierbei, daß es sich um ein Unternehmen handelt, welches 1904 mit von der Hamburg-Amerika Linie und dem Norddeutschen Lloyd gegründet worden ist.

Balkin und Heinemann mußten vor einigen Jahren sich auf den dringenden Wunsch der österreichischen Regierung hin aus dem Ausschichtsrat zurückziehen. Die „Austro-Americana“ ist trotzdem dauernd in guter Freundschaft mit Lloyd und Hapag geblieben. Daher bei dem eben Dreiländer der Zoll, daß sich die österreichische Regierung etwas erlauben könne, was geeignet ist, auf den Geldbeutel der nordatlantischen Pool-Gesellschaften zu wirken. Vorläufig ist offiziell der Canada-Pa-

cific und ihrer Auswandererlinie, in Wirklichkeit aber der österreichischen Regierung von den vereinigten Schiffahrtskapitalisten der Krieg bis aus Messer angejagt werden! Die deutschen, die englischen, die französischen, belgischen und holländischen Auswandererlinien haben auf Grund eines Poolbeschlusses ihre Ueberfahrtspreise von rund 170 Mark auf 140 Mark ermäßigt, die „Austro-Americana“ ermäßigte den Fahrpreis von Triest nach Newyork für die Zwischenbeleg um 15 Kronen.

Charakteristisch für die Macht und die Rücksichtslosigkeit der indigenisierten Schiffahrts-Gesellschaften ist, daß jetzt der Auswanderer wieder einmal billig nach Amerika transportiert wird, weil sich Oesterreich erlaubt hat, einer Schiffahrts-Gesellschaft Auswandererzufuhr zu gewähren ohne den Pool zu fragen. Wöllig verständlich wird aber die Sache erst, wenn beachtet wird, daß die Schiffahrts-Gesellschaften der Canada-Pacific bis Ende 1912 vom nordatlantischen Pool ein kleines Quantum Auswanderer zugebilligt bekommen hatten. Es ist ja öffentlich nicht bekannt, daß die großen Schiffsgesellschaften ein gemeinsames Registrierungs- und Kontrollbüro eua besitzen. In ihm wird jeder Auswanderer genau gebucht, ebenso exakt wird notiert, wohin er gereist ist. Auf Grund der Ergebnisse dieses Kontrollbüreaus werden dann die Anteilberechtigungen an Auswandererverkehr durch die Schiffsgesellschaften verteilt. Die Canada-Pacific hat seit Jahren nur wenige Prozent von den über England gehenden Auswanderern zugebilligt erhalten. Mehrforderungen lehnten die Pool-Gesellschaften ab. Dies hat die Canada-Pacific vorausgesehen und deswegen seit Jahren planmäßig in Oesterreich Freunde gewonnen!

Und die Moral von der Geschicht? Die großkapitalistischen Schiffsgesellschaften sind heute so mächtig, daß sie es sich sogar leisten können, ganze Städte in ihrer wirtschaftlichen Existenz zu erschüttern und ganze Staaten als Feinde des eigenen Geldbeutels zu erklären.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegung im Berliner Schneidergewerbe. In der Herrenkonfektion haben in der vergangenen Woche Tarifverhandlungen mit den Vertretern der Unternehmerverbände und der Arbeiterverbände stattgefunden, die jedoch zu keinem Ziele führten. Die von den Arbeitern eingebrachte Tarifforderung, die im wesentlichen eine Lohnerhöhung von 10 % verlangte, wurde von den Unternehmern glatt abgelehnt mit der Begründung, daß eine Lohnerhöhung unter keinen Umständen gewährt werden könne. Am Sonntag beschäftigte sich eine von etwa 3000 Herrenkonfektionschneidern besuchte Versammlung mit dem Verlaufe dieser Tarifverhandlungen. Die Versammlung beschloß einstimmig, unter keinen Umständen einem Tarife zuzustimmen, der keine wesentliche Aufbesserung der Löhne enthält. Die Verhandlungen sind zwar noch nicht endgültig gescheitert. Die Unternehmer haben den Vorschlag gemacht, am Donnerstag dieser Woche noch einmal zu verhandeln, wozu die Arbeitervertreter ihre Bereitwilligkeit erklärten. In der Damenkonfektion wird der Kleinkrieg geführt. Die Berliner Ortsverwaltung schließt mit einzelnen Zwischenmeistern Einzeltarife ab. Die Zwischenmeister, die seinerzeit einem Tarifvertrag durchaus freundlich gegenüberstanden, werden nun Farbe bekommen müssen, ob sie wirklich zum Abschluß von Tarifen bereit sind. Die Zwischenmeister haben sich seit einiger Zeit mit prozentualen Lohnzulagen einverstanden erklärt, nicht alle aber halten dieses Versprechen. Dadurch entstehen noch größere Differenzen in den Löhnen, die für gleiche Arbeit bezahlt werden. Die Zwischenmeister selbst aber versuchen, in den Genuß der prozentualen Lohnzulagen zu kommen durch Erhöhung der Preise. Dem Beginn der Arbeiter aber, Einzeltarife abzuschließen, treten sie jetzt entgegen. Sie ermahnen ihre Mitglieder, nicht ohne vorherige Verständigung mit dem Vorstand ihrer Organisations-Verträge zu unterschreiben. So ist auch in der Damenkonfektion wieder einiger Konfliktstoff angesammelt.

Lehrstellen im Gärtnereibetrieb. (Winke und Ratsschlüsse für Eltern und Vormünder.) Das Lehrlingswesen in der Gärtnerei entbehrt durchgängig einer zeitgemäßen Regelung. Es bestehen darin schwere Mißstände, und die Klage über ungenügend und schlecht ausgebildetes Personal entbehrt leider nicht der Berechtigung. Die Einstellung und Beschäftigung von Lehrlingen erfolgt in der Regel unter dem Hauptgesichtswinkel, an den jungen Leuten eine billige Arbeitskraft zu haben. Alle von einsichtigen Prinzipalen bisher dagegen eingeleiteten Bemühungen, eine Gesundung des Zustandes herbeizuführen, sind im allgemeinen erfolglos geblieben, denn sie scheiterten immer an dem Widerstande derjenigen, die von der Lehrlingszucht nicht ablassen wollen, weil sie meinen, damit die wirtschaftliche Rentabilität ihres eigenen Betriebes sichern zu sollen oder gar müßten. Die Gärtnerei stellt an ihre Angehörigen hohe Anforderungen, Botanik und angewandte Naturwissenschaften verlangen geistige Frische und Regsamkeit. Die täglichen Beobachtungen und Erfahrungen gehen dahin, und die Krankeinfachheit ist beständig es, daß die meisten Krankheits- und Todesfälle der Gärtnerei auf Erkältungskrankheiten zurückzuführen sind. Nach den Zahlen der amtlichen Gärtnereistatistik vom 2. Mai 1906 haben bis zum 30. Lebensjahre bereits zwei Fünftel der Gärtnerei ihren Beruf wieder aufgegeben, weil die Möglichkeit, in diesem einen eigenen Hausstand zu gründen, gar zu gering sind. Nach der gleichen Statistik befanden sich noch 70 von 100 aller Gärtnereigehilfen beim Unternehmer in Logis und zumeist auch in Kost. Höhere stehen im allgemeinen noch auf einer Stufe, die eine Hausstandsgründung nicht erlaubt. In den herrschaftlichen Gärtnereistellen werden ebenfalls mit Vorliebe Ledige oder aber Verheiratete ohne Kinder beschäftigt. Eltern und Vormünder, deren Pflegebefohlenen die Gärtnerei erlernen sollen oder wollen, haben darum alle Ursache, die ausgebotenen Lehrstellen reichlich zu prüfen, ob diese auch wirklich für eine zeitgemäße Berufslehre Gewähr leisten, oder ob sie zu den zahlreich jener Lehrstellen gehören, in denen die jungen Menschen unter einer wirklichen Berufslehre betrogen werden. Winke und Ratsschlüsse, wie man sich dagegen schützen kann, erteilt der Allgemeine Deutsche Gärtnereiverein (Sitz Berlin) den Eltern und Vormündern auf Wunsch gern. Man wende sich an die Ortsvorstände oder an den Zentralvorstand.

Soziales.

Die Angestellten-„Freundlichkeit“ der bürgerlichen Parteien reicht nur soweit, als dadurch nicht die Interessen der Unternehmer verletzt werden. Das kam wieder einmal recht klar zum Ausdruck in der Sitzung der Petitionskommission des Reichstags. Die Kommission verhandelte eine Petition, die die Heraushebung des pfändungsfreien Einkommens der Privatangestellten auf 2000 M. forderte (jetzt beträgt die Summe 1500 M., zwei Drittel davon kann nicht gepfändet werden). Eine Forderung, die von allen Angestelltenorganisationen vertreten wird, und die mit Rücksicht auf die stark gesunkene Kaufkraft des Geldes durchaus berechtigt ist. — Der Zentrumsmann Jrl lehnte die Forderung ab, weil dadurch die Interessen des gewerblichen Mittelstandes geschädigt würden. Der Fortschritt-

er Segler, der auch gern in Angestelltenfreundlichkeit macht, sagte, daß hier die Interessen der Angestellten mit denen des Mittelstandes kollidieren, und daß er bereit sei, zugunsten des Mittelstandes zu entscheiden. Ein Nationalliberaler sprach zwar, nachdem der nationalliberale Angestelltenführer Marquardt, der erst für die Forderung eingetreten war, aus der Kommission ausgeschieden wurde, auch dafür, aber in recht lauwärmer Weise. So beschloßen denn Konervative und Zentrum sowie ein Teil der Fortschrittler und der Nationalliberalen Übergang zur Tagesordnung, während die Sozialdemokraten geschlossen für die Forderung der Angestellten eintraten. Angestellte, merkt Euch das!

Genossenschaftsbewegung.

Militärvereine gegen Konsumvereine. Die Vogtländischen Nachrichten melden aus Brambach im sächsischen Vogtlande folgendes: „Den Vorständen der hiesigen Militärvereine sind die amtlichen Listen der Mitglieder des neuerrichteten Konsumvereins zugestellt worden. Letztere haben sich, sobald sie einem Militärverein angehören, nun zu erklären, ob sie dem Konsumverein weiter angehören wollen oder nicht. Im Besonderen wird der Ausschluss aus dem Militärverein vollzogen werden.“ Auch hier wieder erlauben sich die Militärvereine einen Übergriff, zu dem sie nicht das mindeste Recht haben. Es ist dringend nötig, daß der Arroganz und dem Wackdünkel der Kriegervereine eine scharfe Grenze gezogen wird.

Aus Nah und Fern.

Eine neue Hochverratsaffäre. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ wurde in der vorigen Woche in Berlin das Mitglied einer sehr bekannten preussischen Offiziersfamilie verhaftet, später aber gegen eine Kaution von mehreren Hunderttausend Mark wieder freigelassen. Die Verhaftung erfolgte auf Antrag der Oberreichsanwaltschaft in Leipzig.

Wer boykottiert und terrorisiert? Ein Zivilmilitär in Siegen lieferte seit fünfzehn Jahren dem Kriegerverein eines benachbarten Dorfes bei Tanz und Begräbnissen die Musik. So war er auch bei der diesjährigen Kaisergeburtstagsfeier in der üblichen Weise durch eine Postkarte zum Musizieren eingeladen worden. Ein paar Tage später aber ging ihm folgender Brief zu:

Greibnig, den 24. 1. 1913.

Herrn Musiker Greibnig.

Nach erhaltener Zuschrift des Lokalvereins 120 Siegnig des Allgemeinen deutschen Musikerverbandes gehören Sie und Ihre Musiker dem Zentralverband der Zivilmilitär (Sozialdemokratischer Verein) an. Nach eingeholter Information ist es unmöglich, daß fernerhin Sie im hiesigen Kriegerverein beschäftigt werden können, und wir müssen auf Ihre Musik nächsten Montag an Kaisers Geburtstag im hiesigen Verein verzichten.

Der Vorstand des Kriegervereins
Greibnig und Umgegend.
(Name und Stempel.)

Die Musik hat dann der Angeber aus der gegnerischen Organisation geliefert. — Pstui Zuseuf!

Jugendaufleistung in Thüringen. Montag Abend um 8 Uhr 30 Minuten in der Personenzug 206 bei der Ausfahrt auf Bahnhof Wiehseich infolge falscher Weichenstellung im Gleis 4 durch Auffahren auf den Prellbock beim Endstellwerk entgleist. Die hinter der Lokomotive laufenden drei Güterwagen mit neun Militärpferden nach Würzburg und Ludwigsburg wurden hierbei ineinandergefahren. Getötet wurde der Kanonier Wolpert vom württembergischen Feldartillerieregiment Nr. 29 in Ludwigsburg, und drei Verw. Der Materialschaden ist erheblich. Verletzt wurde sonst niemand. Bis zur Aufnahme des amphotischen Betriebes um 3 Uhr nachts wurde der Verkehr zwischen Würzburg und Erfurt einseitig aufrecht erhalten. Bei den Aufräumungsarbeiten ist noch die Leiche eines Dragoners des 7. Dragonerregiments in Saarbrücken gefunden worden, dessen Name durch das Regiment noch ermittelt wird.

2 Arbeiter erstickt. In einem Schuppen der Barmer Automobilfabrik-Gesellschaft verunglückte ein Arbeiter beim Reinigen der Benzolgrube infolge Einatmung von Erdgasen. Ein zweiter Arbeiter, der seinen Kameraden retten wollte, fand gleichfalls seinen Tod.

Die Gezeiten des Schlittensports. Am 10. Februar steigerte sich bei 3 aufopane ein Vorkühnfall. Zwei Personen wurden getötet und zwei verletzt. Unter den Getöteten befindet sich angeblich eine Frau Grabowka aus Polen.

Wieder einer. In Berlin ist mit Hinterlassung einer Schuldenlast in Höhe von mehr als 20000 Mk. der Mitinhaber der Bijouteriemarken-Großfirma Gebrüder Blumenkranz, der Kaufmann Jakob Blumenkranz zu Berlin-Schlesinger Straße gestorben.

Explosion. Bei der Revision des Kohlenvorrats an Bord des Dampfers „Ardent“ in Doula wurden durch eine Kohlenstaub-Explosion zwei Obermaschinisten verbrannt. Ihr Zustand ist hoffnungslos. Ein Matrose wurde leicht verletzt.

Die schwarzen Vögel sind in dem holländischen Grenzorte Loffer in sechs Familien festgestellt worden. Wie es scheint, ist die Anmeldepflicht nicht ausgeübt worden, so daß die gefährliche Krankheit auch nach Gronau in Westfalen durch Gemüsehändler eingeschleppt wurde. In Gronau sind bisher zwei Erkrankungsfälle festgestellt. Die Behörde hat schleunigst alle Maßregeln ergriffen, um jeder Verbreitung der Seuche entgegen zu treten. Eine Sanitätskommission der Regierung in Münster begab sich nach Gronau, um die Untersuchung über die Art der Einschleppung festzustellen. Die Grenze dürfte voraussichtlich auf einige Zeit gesperrt werden.

Der Militarismus als Verwüster. Das 18. preussische Armeekorps bekommt einen neuen Truppenübungsplatz, dem ein Teil des Speesart zum Opfer fällt. In das große Gelände, das hierfür vorgesehen ist, sind auch die Orte Willbach und Lettchenbrunn, die an der bayerischen Grenze liegen, einbezogen. Sämtliche Gebäude dieser Dörfer müssen verschwinden, Gärten und Felder müssen eingehen, die Wälder werden ausgetrotet. Die Bewohner haben ihre Heimstätten bis 1. April 1913 zu verlassen. So müssen uralte Wohnstätten aufgegeben werden, weil Moloch Militarismus sich breit macht. Bauern müssen Haus und Hof und ihre heimatliche Scholle verlassen, um Platz zu schaffen für Kanonen und andere Mord- und Vernichtungswerkzeuge. Das ist die Kultur des Militarismus!

Das große Mißverständnis. Eine in ihren Folgen ganz unabweisbare Gefahr ist durch die Staatsmännigkeit des Oberstaatssekretärs der „Deutschen Tageszeitung“ glücklich verhütet worden. Es hätte nämlich nicht viel gefehlt, daß die umfangreiche Verlesung des Herrn Dr. Dertel in einem Duell den Augen des Herrn v. Bethmann-Hollweg und des Herrn Dr. Delbrück als Zielobjekt gedient hätte. Und es muß gesagt werden, daß das ein Ehrenhandel mit ungleichen Waffen gewesen wäre. Man braucht nur einmal im Geiste unser Reichskanzler und Dr. Dertel nebeneinander zu stellen, dann wird man erkennen, daß Dr. Dertel bei einem Pistolenduell mit Bethmann immer der Leidtragende sein wird. Es wäre ja vielleicht möglich gewesen, ausgleichend einzugreifen, indem man mit Kreide den Körperumfang des Reichskanzlers auf dem Leibe des Herrn Dr. Dertel markiert hätte, aber das wäre nur ein höchst unsicherer Notbehelf geblieben. Daher ist es recht erfreulich, daß dank der politischen Einsicht des Herrn Dr. Dertel der Konflikt glücklich beigelegt worden ist. Nach dem Ehrenkodex der bürgerlichen Klassen hatte Herr Dr. Dertel seinen beiden ministeriellen Gegnern eine nur mit Blut abzuwaschende Schmach angetan. In das Fell des Löwen gehüllt, rief er ihnen in der Reichstagsitzung vom 16. Januar zu:

„Über ich kann das eine nicht verhehlen: meine politischen Freunde und ich haben diese Ausführungen deshalb besonders bedauert, weil sie uns leider den unvermeidbaren Eindruck machen, daß der Herr Staatssekretär und der Herr Reichskanzler, den er mit angeführt hat, in dem unvermeidlichen Kampfe gegen die Sozialdemokratie nicht das Wort, den Mut und die Entschlossenheit zeigen werden, die dringend notwendig ist.“

Das verschämte natürlich die beteiligten Minister nicht wenig; in der Sitzung am Sonnabend erhielten sie aber glänzende Genugtuung. Inzwischen hat der vermeintliche Löwe das Fell, mit dem er die Herren schreckte, abgelegt und de- und wehmütig erklärte er: ich bin ja gar kein Löwe, sondern nur der mit der Kognatmarke gezeichnete Dr. Ernst Georg Julius Dertel, bei dem man's nicht so genau nehmen muß. Die schallende Heiterkeit, die seiner Erklärung folgte, belehrte ihn denn auch, daß man ihn wirklich nicht so ernst nimmt. Es war also wieder einmal das große Mißverständnis, dem diesmal Dr. Dertel zum Opfer fiel. Alles ist wieder gut; beim nächsten Reichstagsreferat wird auch Dr. Dertel mit unbeschädigtem Körperumfang zu gegen sein.

Ein Schilfbürgerstreich. Unter dieser Ueberschrift veröffentlichte die „Chemnitzer Volksstimme“ einen Artikel, in dem das Verhalten der sächsischen Regierung gegenüber der Petitionskommission des Landtages kritisiert wurde. Die Kommission wollte sich im Dresdener Schlachthof das Schächten ansehen. Da kam die Regierung und erhob auf Grund einer ganz veralteten Bestimmung der Verfassung Einspruch beim Stadtrat in Dresden. Der Landtag darf nach dieser Bestimmung nur mit der Regierung direkt verkehren. Die Petitionskommission fuhr darauf nach Halle und orientierte sich auf dem dortigen Schlachthof über das Schächten. Diese Vorgänge wurden in der „Volksstimme“ entsprechend kritisiert. Das gefiel dem Chemnitzer Oberstaatsanwalt nicht. Er erhob Anklage, und die Strafkammer verurteilte den verantwortlichen Redakteur Seifarth zu einem Monat Gefängnis, trotzdem die als Zeugen geladenen Landtagsabgeordneten erklärten, sie hätten das Vorgehen der Regierung als eine Stützung der Abgeordneten aufgefaßt.

Zehn Gebote für Lehrlinge. Einem „Berufsbüchlechen für Knaben“, das der Lehrer Poppers im Auftrag der städtischen Schulverwaltung zu Köln herausgegeben hat, entnimmt die „Berufsmetzgerzeitung“ folgende „beherzigenswert“ erscheinende Rathschläge für angehende Lehrlinge: 1. Achte und ehre deinen Meister, der dir zu einer geachteten Stellung im Leben verhelfen will. 2. Laß dich nie und von niemandem gegen deinen Meister aufheben. 3. Was in der Werkstatt deines Meisters vorgeht, davon plaudere nur dann, wenn dein Gewissen es dir gebietet. 4. Zeige nie das törichte Bestreben, klüger sein zu wollen, wie dein Meister ist. 5. Arbeite

mit Verstand, denn du bist ein Mensch, keine Maschine. 6. Arbeite nie, weil du mußt, sondern stets weil du willst. 7. Versäume nie ohne zwingenden Grund den Besuch der Fortbildungsschule. 8. Lies in deinen Feierstunden namentlich jene Bücher, die dir für deinen Beruf nützliche Kenntnisse vermitteln. 9. Zeige, wohin du auch kommst, daß du ein Mann werden willst, d. h. nimm kein Blatt vor den Mund, wenn man deine Religion, deine Liebe zu deinen Eltern, deine Achtung gegenüber deinem Meister, deine Vaterlandsliebe oder gar deine Herzenseinheit zu verpöten magt. 10. Halt dir stets vor Augen das Ziel: später selbst ein selbständiger Meister zu werden. „Wo ein Wille, da ist auch ein Weg!“ — Nicht lieblich ist im neunten Gebot die Reihenfolge, die zwischen der Religion und dem Vaterland dem Meister einen hervorragenden Platz räumt. Man wackelt in Zweifel, ob der Meister bloß neben dem Herrgott und dem König oder über ihnen rangiert. Ein Jüngling, der den zehn Geboten des Herrn Poppers nachlebt, muß überhaupt eine angenehme Person sein. Eine schöne Zukunft im „wirtschaftsrechtlichen“ Verband und im Kriegerverein ist ihm sicher, und als Arbeitswilliger aller Fakultäten kann er später einmal mit dem Kreuz im Knopfloch sterben.

Literarisches.

Das Einigungsamt. Herausgegeben von M. von Schuf, Magistratsrat, Vorsitzender des Gewerbegerichts und des Kaufmannsgerichts Berlin, Dr. H. Brenner, Direktor des Gewerbegerichts München, und M. Rath, Beigeordneter in Essen a. R. Verlag von Julius Springer in Berlin W. 9. Jährlich 12 Hefte. Preis des Jahrgangs 4 Mk., des einzelnen Heftes 40 Pfennig (Einigungs- und Tarifämter, Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände usw. gehen bei Bezug einer größeren Anzahl von Exemplaren direkt von der Verlagsbuchhandlung ermäßigte Preise). Die Monatschrift „Das Einigungsamt“ ist zu dem Zweck gegründet, eine Sammelstätte für alles zu werden, was für die gegenseitigen Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern und deren Organisationen von Bedeutung ist. Insbesondere sollen zur Behandlung gelangen das gewerbliche und kaufmännische Einigungswesen, Entscheidungen und Beschlüsse der Tarifvertragsinstanzen, vor allem des Zentralschiedsgerichts für das Baugewerbe und des Haupttarifamtes für das Malergewerbe, sodann wichtige Fragen der Fortbildung des Tarifvertragswesens, wozu auch die mittelbar zusammenhängenden Fragen des Koalitionsrechtes, Vereinsrechtes, des Rechts der Berufsvereine, der Streikpostenstreicher u. dergl. gehören. Für alle diese Fragen, die sehr im Vordergrund des öffentlichen und privaten Interesses stehen, stellt zurzeit ein Organ, in dem alles Wissenswerte gesammelt und besprochen werden kann. Die bestehenden sozialpolitischen Schriften sind nicht in der Lage, den hier genannten Spezialfragen in der wünschenswerten Ausführlichkeit Rechnung zu tragen. Die von einzelnen Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerorganisationen herausgegebenen Veröffentlichungen tragen meist die Besonderheit an sich, daß die Gegenpartei und die zur Durchführung des Tarifvertrags berufenen Instanzen geneigt sind, auch rein sachlichen Darstellungen Mißtrauen entgegenzubringen. Darum dürfte das „Einigungsamt“ einem dringenden Bedürfnisse entgegenkommen und für alle Faktoren, welche sich mit Arbeiterfragen zu befassen haben, eine objektive, wünschenswerte Quelle zur Beurteilung der hier einschlägigen Fragen bilden.

Ein neuer Robinson? Ja! Und obendrein einer, der den zweihundert Jahre alten Robinson des guten Desoe weit übertrifft. Denn Robinson Crusoe ist eine Gestalt, die der Dichter geschaffen hat und der er die reichste Naturgeschichte einer Tropeninsel zur Verfügung stellte. Kapitän Mikkelson aber, der arktische Robinson, hat drei Jahre seines Lebens im Banne des Polarreises verbracht, stets den Tod in allen möglichen Gestalten vor Augen, und erst im Sommer vorigen Jahres wurden er und sein treuer Begleiter Jorssen auf einer einsamen Felsinsel des Eismeres aufgefunden und gerettet. Der Verlag Brockhaus, der dem deutschen Volke schon so viele bedeutende Reiseswerke zugänglich gemacht hat, bietet mit Kapitän Mikkelsons Buch, das den Titel „Ein arktischer Robinson“ trägt und dessen erste Lieferung schon ausgegeben wird, eine besonders wertvolle Gabe. Wie schon die erste Lieferung zeigt, versteht Kapitän Mikkelson ausgezeichnet zu schildern. Statt erst eine langatmige Beschreibung der Anfangsstadien seiner Expedition zu geben, geht er als echter Seemann gleich auf das Ziel los. Unheilvoll genug fängt die Reise an, denn alle für die Expedition bestimmten Hunde sind entweder tot oder müssen ansiedender Krankheiten halber erschossen werden, und ohne Hund ist eine Schlittenexpedition unmöglich! Geradezu erdrückend ist die Lektüre des Vogens, der den Kapitein „Ein Wettkampf mit dem Hungertod“ und „Das Ende?“ entnommen ist. Einen solchen Wettkampf können nur Männer gewinnen, die jeder Gefahr sich ins Auge schauen und die im Bewußtsein ihrer Kraft selbst in den verzweifeltsten Lagen, auch wenn das Ende noch so nahe scheint, die Hoffnung nicht sinken lassen. Einen prächtigen Schluß der ersten Lieferung bilden die vier Tafeln mit Bildern, darunter auch die Wiedergabe eines stimmungsvollen Aquarells „Auf der Suche nach Wild“. Wir werden noch Gelegenheit nehmen, unseren Lesern über das Werk zu berichten, das zunächst in einer Lieferungs Ausgabe erscheint (13 Lieferungen zu je 50 Pfg.) und das Ende Februar vollständig vorliegt wird (gebunden 10 Mk.).

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: J. H. Schöwarth. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

**Komitee und
Kommissionssitzungen**

**Sämtl. 3 Sandstritte
am Freitag abend 8^{1/2} Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 26-32.**

Matilde
im Alter von 2 Jahren 10 Monaten.
Das Kind von K. Butzlaff
und Familie 1877. Kapfberger.
Die Berrigung findet am Freitag
um 2 Uhr im Sterbehause
Johannisstraße 26-32.
1911

Amern lieben Sappi Etlar zu
seinem 21. Geburtstag ein danken-
des Wort!
1913 Deine Kinder.

Möbliertes Zimmer
zu vermieten.
1913 Schwarzenauer Allee 155, L.

2 neue Kommoden, hart gear-
beitet, nußbaumlackiert, zu ver-
kaufen (1913) Gloginstraße 23, part.
und Bahnhofsstraße 12.

Zweif. Enderische moderne
Garaitur nur 90 K. zu
verl. Lauer Bahnhf. 83, part. (712)

2 H. Damen-Waschtische billig zu
verm. (1913) Kappellstraße 25, L.

50 schön. Damen-Rosetten-Röck.
billig zu vermieten.
Brite Straße 24, part. Kitzel.

Glasscheiben
aller Art billigst, auch im einzelnen.
Kitt, Draht, Glaszangen v. 4/4 an.
Oscar Tauschitz, Fensterglas-Händler.
Hofstraßen-Allee 12. — F. 984 (1913)

Fahrräder billig!
Mehrere gebrauchte Räder 20 Mk. an
Rahmmaschinen, Mäntel, Schläuche,
sämtliche Zubehörteile u. Repara-
turen, äußerst billige Preise.
Korbid Strand 20 Pfg. (1059)

Fr. Kempke
Aegidienstr., Ecke Königstr.

Buchen-Abfallholz
ab Fabrik 80 Pfg. und frei Haus
1 Mk. pro Cst. (4)
P. E. Schacht & Co.,
Tel. 239. Roßlinger Allee 41.

Trinkt
Buntekuh-Kümmel
Baukferne
Brennerei Buntekuh.

**Geburtstags-, Verlobungs-
und Hochzeits-Tassen**
vorrätig und auf Bestellung
Porzellan-Malerei
A. Steffin, Braunstraße 26.

Leere Farbetonnen
vorrätig.
Expedition d. „Lüb. Volksboten“.

**Carl Folkers
Möbelmagazin**
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
1) Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

der gegangenen Stelle dieser grauen Wintermonate beschäftigte und erfüllte: die neue Lehre des Wittwenberges, welches durch die bewußte Liebe der Wittwen, die wie ein Stern der Freiheit durch die bewußte Liebe der Wittwen, die wie ein Stern der Freiheit durch die bewußte Liebe der Wittwen...

Amerikanischer Volksschulunterricht.

Ueber die politischen und sozialen Zustände jenseits des großen Ozeans sind viele Bücher geschrieben worden; selten aber gibt eines über Amerika so klare Anschauungsunterstützung wie die kürzlich im Verlag von S. Fischer, Berlin, erschienene Meisterarbeit „Amerika heute und morgen“ von Arthur Schiller. Der Verfasser ist keineswegs blind für die vielen Mängel in der großen Union; sein sozial-politischer Gedankengang ist doch besonders bei freigeschafften Mitteln auf, den das amerikanische Unternehmertum dank dem Mangel festlicher Schußgeloge angefaßt mit Arbeitstreiben treiben darf. Um so sicherer glauben wir uns seiner Führung anvertrauen zu dürfen, wenn er uns in eine ferner Welt führt, die von den großen Mächten der Welt nicht unberührt bleibt. In dem Buch „Amerika heute und morgen“ von Arthur Schiller, Berlin, Fischer, 1900, wird die amerikanische Unternehmertum dank dem Mangel festlicher Schußgeloge angefaßt mit Arbeitstreiben treiben darf. Um so sicherer glauben wir uns seiner Führung anvertrauen zu dürfen, wenn er uns in eine ferner Welt führt, die von den großen Mächten der Welt nicht unberührt bleibt.

Als wir eintraten, stand ein kleiner Höfliche von dreißig Jahren da und sprach vom „Recall“. „Recall“ bedeutet das Recht zum Widerruf solcher Richter, die für verantwortungsvolles und mit unumkehrbarer Macht betrautes Amt zur Unterfertigung von Urteilen und Beschlüssen, Traktaten gegen die geschädigten und wehrlosen Privatmann misbrauchen. Dies Recht dem Volk zu geben, danach strebt jetzt ein großer Teil der fortschrittlichen Politiker Amerikas. Andere wollen, wie das des „Referendum“, wörtlich: Gesetzentwurf, sollen dem Volke unterbreitet werden, zur endgültigen Annahme oder Ablehnung, und das der „Initiative“, wörtlich: dem Volke soll das Recht übertragen werden, Vor schläge für direkte Gesetzgebung durch das Volk zu machen, und schon in vielen Staaten der Union, namentlich in denen westlich von Mississippi, dem Volke gegeben worden.

Man ist auf den Kopf geschlagen. Sind wir hier im Kongreß in Washington oder in einer Volkshochschule, was lassen und, während man es gelinde beurteilt, zu fragen, woher weißt du denn, was das Volk braucht oder nicht braucht? Geh und spiel mit Marmelade, Majewski! — Aber man horcht doch ein bißchen auf, wenn ein kleines effizientes Mädchen aussteht und die Staaten hergeht, in denen die Frauen das Wahlrecht besitzen. Ein Kind steht auf und spricht von den Gefahren in Oregon, in Tennessee, in Wyoming. Ein anderer knüpft an diesen Bericht an und spricht von den südlichen Kurven von Chicago und ihren Einrichtungen.

Die Stunde geht zu Ende. Mich Kellogg hält eine kleine Ansprache: „Kinder, seht euch um! Wenn auch Dinge auffallen, die einer Verbesserung bedürftig sind, wenn Dinge auffallen, die euch unrecht scheinen, sagt es hier! Denn das ist die Aufgabe der Frau, wie ihr sie besser machen müßt, und sagt auch das hier laut. Aber denkt es darüber nach, warum sie falsch und böse sind. Seht euch um, Kinder!“

„Wir leben mit den Kindern viele politische Arbeiter“, sagt die Lehrerin, „sind ich einen politischen Vortrag gereicht und freier behandelt, als in einem anderen, so leben wir, die Kinder und ich, den Artikel aus dem Sozialistischen Standpunkt vor.“

Die amerikanische Arbeiterbewegung, die den Organ der österreichischen Genossen, berichtet ein Arzt über den Wert der Ausbildung von „Damen“ für den freiwilligen Samariterdienst. Nach einer Sitzung der Tätigkeit dieser Damen, die oft die Krankenpflege nur als angenehmen Zeitvertreib, als eine Art Sport betrachten, heißt es in dem Bericht: „Und so bildet denn die Gesellschaft von Frauen in allen diese Hilfsbereiten Damen, deren Namen sogar in manchen Tageszeitungen veröffentlicht werden, aus für den „Erfolg“, den Krieg, den jede von ihnen mit ungenügendem Grinsen fast herbeischaut, denn dann werden sie zu all der hübschen Entseeserei auch noch Rufen und Ehren ernten. Man wird sie rufen, wird sie brauchen, sie werden zeigen, was sie gelernt haben, und das Vaterland wird ihnen gerührt danken. Aber der „Erfolg“ ist, was der; Scharen von Samariterinnen haben sich jetzt als tüchtigen, juchendwundernden Balkantrages in den Feldern mittleren eingefunden und hätten die Feuerprobe bestanden.“

Man ist auf den Kopf geschlagen. Sind wir hier im Kongreß in Washington oder in einer Volkshochschule, was lassen und, während man es gelinde beurteilt, zu fragen, woher weißt du denn, was das Volk braucht oder nicht braucht? Geh und spiel mit Marmelade, Majewski! — Aber man horcht doch ein bißchen auf, wenn ein kleines effizientes Mädchen aussteht und die Staaten hergeht, in denen die Frauen das Wahlrecht besitzen. Ein Kind steht auf und spricht von den Gefahren in Oregon, in Tennessee, in Wyoming. Ein anderer knüpft an diesen Bericht an und spricht von den südlichen Kurven von Chicago und ihren Einrichtungen.

Die amerikanische Arbeiterbewegung, die den Organ der österreichischen Genossen, berichtet ein Arzt über den Wert der Ausbildung von „Damen“ für den freiwilligen Samariterdienst. Nach einer Sitzung der Tätigkeit dieser Damen, die oft die Krankenpflege nur als angenehmen Zeitvertreib, als eine Art Sport betrachten, heißt es in dem Bericht: „Und so bildet denn die Gesellschaft von Frauen in allen diese Hilfsbereiten Damen, deren Namen sogar in manchen Tageszeitungen veröffentlicht werden, aus für den „Erfolg“, den Krieg, den jede von ihnen mit ungenügendem Grinsen fast herbeischaut, denn dann werden sie zu all der hübschen Entseeserei auch noch Rufen und Ehren ernten. Man wird sie rufen, wird sie brauchen, sie werden zeigen, was sie gelernt haben, und das Vaterland wird ihnen gerührt danken. Aber der „Erfolg“ ist, was der; Scharen von Samariterinnen haben sich jetzt als tüchtigen, juchendwundernden Balkantrages in den Feldern mittleren eingefunden und hätten die Feuerprobe bestanden.“

Die amerikanische Arbeiterbewegung, die den Organ der österreichischen Genossen, berichtet ein Arzt über den Wert der Ausbildung von „Damen“ für den freiwilligen Samariterdienst. Nach einer Sitzung der Tätigkeit dieser Damen, die oft die Krankenpflege nur als angenehmen Zeitvertreib, als eine Art Sport betrachten, heißt es in dem Bericht: „Und so bildet denn die Gesellschaft von Frauen in allen diese Hilfsbereiten Damen, deren Namen sogar in manchen Tageszeitungen veröffentlicht werden, aus für den „Erfolg“, den Krieg, den jede von ihnen mit ungenügendem Grinsen fast herbeischaut, denn dann werden sie zu all der hübschen Entseeserei auch noch Rufen und Ehren ernten. Man wird sie rufen, wird sie brauchen, sie werden zeigen, was sie gelernt haben, und das Vaterland wird ihnen gerührt danken. Aber der „Erfolg“ ist, was der; Scharen von Samariterinnen haben sich jetzt als tüchtigen, juchendwundernden Balkantrages in den Feldern mittleren eingefunden und hätten die Feuerprobe bestanden.“

Die amerikanische Arbeiterbewegung, die den Organ der österreichischen Genossen, berichtet ein Arzt über den Wert der Ausbildung von „Damen“ für den freiwilligen Samariterdienst. Nach einer Sitzung der Tätigkeit dieser Damen, die oft die Krankenpflege nur als angenehmen Zeitvertreib, als eine Art Sport betrachten, heißt es in dem Bericht: „Und so bildet denn die Gesellschaft von Frauen in allen diese Hilfsbereiten Damen, deren Namen sogar in manchen Tageszeitungen veröffentlicht werden, aus für den „Erfolg“, den Krieg, den jede von ihnen mit ungenügendem Grinsen fast herbeischaut, denn dann werden sie zu all der hübschen Entseeserei auch noch Rufen und Ehren ernten. Man wird sie rufen, wird sie brauchen, sie werden zeigen, was sie gelernt haben, und das Vaterland wird ihnen gerührt danken. Aber der „Erfolg“ ist, was der; Scharen von Samariterinnen haben sich jetzt als tüchtigen, juchendwundernden Balkantrages in den Feldern mittleren eingefunden und hätten die Feuerprobe bestanden.“

Die amerikanische Arbeiterbewegung, die den Organ der österreichischen Genossen, berichtet ein Arzt über den Wert der Ausbildung von „Damen“ für den freiwilligen Samariterdienst. Nach einer Sitzung der Tätigkeit dieser Damen, die oft die Krankenpflege nur als angenehmen Zeitvertreib, als eine Art Sport betrachten, heißt es in dem Bericht: „Und so bildet denn die Gesellschaft von Frauen in allen diese Hilfsbereiten Damen, deren Namen sogar in manchen Tageszeitungen veröffentlicht werden, aus für den „Erfolg“, den Krieg, den jede von ihnen mit ungenügendem Grinsen fast herbeischaut, denn dann werden sie zu all der hübschen Entseeserei auch noch Rufen und Ehren ernten. Man wird sie rufen, wird sie brauchen, sie werden zeigen, was sie gelernt haben, und das Vaterland wird ihnen gerührt danken. Aber der „Erfolg“ ist, was der; Scharen von Samariterinnen haben sich jetzt als tüchtigen, juchendwundernden Balkantrages in den Feldern mittleren eingefunden und hätten die Feuerprobe bestanden.“